

mo #19



GAST-KOMMENTAR:
Franz Fischler fordert
gerechtes Steuersystem



RADIKALER UMBAU:
So könnte Österreich
2020 aussehen

ENDE DES PROFITS:
ATTAC: Christian Felber
sucht einen „Dritten Weg“

IMAGE POLIEREN:
Wem nützt CSR?



**MIT SOZIALEN ÖKONOMIEN
DIE WELT VERBESSERN**

NEUE WEGE!



Chancen in Emerging Markets

- Internationale Chancen nützen
- Neue Märkte erschließen
- Arbeitsplätze schaffen


Sie haben eine Geschäftsidee für Asien, Afrika, Lateinamerika oder Südosteuropa?

Wirtschaftliche Interessen lassen sich mit gesellschaftlicher Verantwortung verbinden. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt die Internationalisierung von Unternehmen. Dabei tragen wir gemeinsam mit der Wirtschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Ländern des Südens und Ostens bei.

Im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaften kooperieren wir mit Firmen, die langfristig und nachhaltig in Emerging Markets investieren. Wir fördern unternehmerische Aktivitäten von Unternehmen aus EU-Ländern, von denen die Wirtschaft, die Umwelt und damit die Bevölkerung in den Partnerländern profitieren. Denn wo investiert wird, entstehen Arbeitsplätze, werden Einkommen für die Menschen der Region erwirtschaftet, Know-how geschaffen und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.

Wirtschaft und Entwicklung. Ein Gewinn für alle.

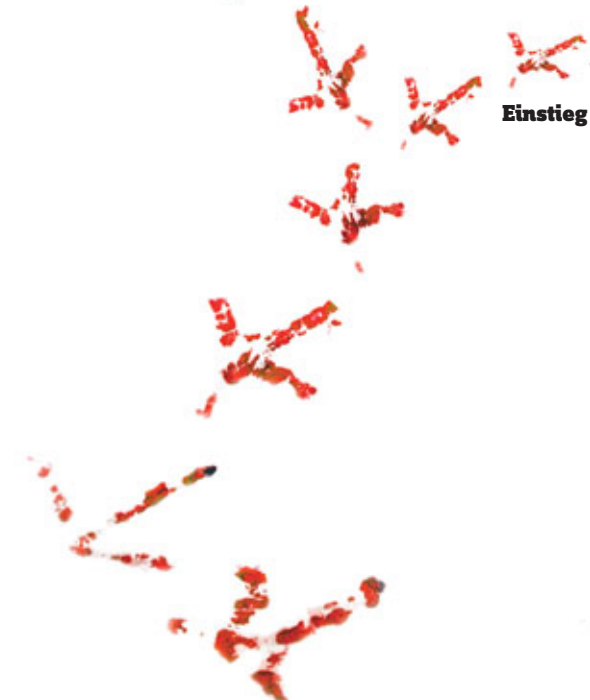
Büro für Wirtschaftspartnerschaften
der Austrian Development Agency
Tel.: +43(0)1 90399-2577
wirtschaft@ada.gv.at
www.entwicklung.at/wirtschaft

 Austrian
Development Agency



Die wollen sich einfach nicht anpassen.





Neue Wege treten: noch scheint die Zeit für die Gesamtschule nicht reif. Im Österreich des Jahres 2020 wird es sie aber geben. Mehr dazu im Heft.
Coverfoto: Karin Wasner

Liebe Leserin Lieber Leser

Heißt es „Ich lerne dir etwas“ oder „Ich lehre dich etwas“? Naja, Deutsch ist auch nicht immer so eindeutig, wie Innenministerin Maria Fekter kürzlich bewies, als sie dem Botschafter der Türkei mitteilen wollte, dass „wir“ den türkischen Müttern in Österreich die deutsche Sprache schon lehren würden. Egal, Feinheiten der Grammatik. Der erste Beitrag des Dossiers hält sich auch gar nicht lange mit dieser klitzekleinen Schnurre aus der Realpolitik auf, sondern berichtet sogleich über jene „Neue Wege“ und „Social Entrepreneurs“, die dem Heft auch den Titel gegeben haben. 13 Anstöße will eine Plattform von politischen Initiativen der Politik geben, um zur Gestaltung der Gesellschaft mehr beizutragen als in Presseaussendungen schnöden Polit-Alltag zu kritisieren. Die Schulklasse der Zukunft, erklärt Martin Schenk darin, wird mit der heutigen nicht mehr viel zu tun haben. Wie sich die Gesellschaft verändern lässt, dafür gibt es viele Konzepte. Mit einigen lässt sich sogar ganz gut verdienen. Über Unternehmen, die sich ganz geschickt ein CSR-Mäntelchen umgehängt haben, um sozial sehr verantwortlich zu wirken, erzählt Kathrin Hartmann im Interview. Wer oder was aber ist überhaupt ein Social Entrepreneur? Auch dieses Feld scheint sich leichter beackern als verstehen zu lassen. Die Begriffsklärung legt jedenfalls nahe, dass Toni Hubmann mit den Freilandhühnern und der Heilige Franz von Assisi gleichermaßen die Gesellschaft zum Besseren verändern wollen.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:
Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Philipp Son-
deregger (phs), Karin Wasner (Bilder), An-
dreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Eva Bachinger, Andreas Bachmann, Pascal
Jurt, Franz Fischler, Niko Katsivelaris, Mark
Hammer, Martin Schenk, Maria Sterkl, Chri-
stian Tordy, Dorian Waller

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Karin Wasner

LEKTORAT: Thomas Just

PRODUKTION:

Mitko Javritchev, Andreas Ungerböck,
factory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31, 1070
Wien, T +43 1 920 20 08-0,
mail@faq-magazine.com

GRAFIK: Mitko Javritchev, Christina Leyerer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Irene Holloway,
irene.holloway@sosmitmensch.at
T +43 1 524 99 00 - 17,

ABOS: Sabine Zhang,
abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
office@sosmitmensch.at
http://www.sosmitmensch.at,
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeber: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Philipp Sonderegger,
Sabine Zhang; Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminie-
rung, für Menschenrechte, Demokratie
und Migration.

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung
der Quelle und Übersendung von Beleg-
exemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die
Rechte der Fotografien liegen bei den Urhe-
berInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewie-
sen ist: SOS Mitmensch.



Bild: Stephanie Fuessenich

19 CSR IST IMAGEPOLITUR

In ihrem Buch „Ende der Märchenstunde“ räumt Kathrin Hartmann mit Mythen der sozial/ökologisch bewußten Lebensweise auf.



Bild: Magdalena Blaszczyk

13 BESSER ALS NICHTS

Der Migrationsforscher Heinz Fassmann hat den Integrationsplan des BMI miterstellt. Nun ist er selbst skeptisch.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Behörden nehmen Ermittlungen gegen
Neonazi-Drehscheibe auf.

9 HANDLUNGSBEDARF

Eigenwilliges Schulkonzept des ÖAAB.

Dossier

10 NEUE WEGE

NGOs haben sich überlegt, wie Österreich in
10 Jahren aussehen könnte.

Text: Maria Sterkl

13 DIVERSITÄT SCHÜREN

Was bedeutet Integration? Ein Interview mit
dem Migrationsforscher Heinz Fassmann.

Interview: Maria Sterkl

16 ENDE DES PROFITSTREBENS

Kann Ökonomie ohne Konkurrenz funktionie-
ren? Ja, sagt Christian Felber in seinem neuen
Buch.

Interview: Pascal Jurt

19 NICHT ALLES IST GUT

Was bringt ein Bio-Rind, für das Regenwald
abgeholzt wird? Autorin Kathrin Hartmann
über die Schwächen von CSR und Bio-Hype.

Interview: Mark Hammer

21 BIO ERST AM ANFANG

Biorama-Chef Milo Tesselaar plädiert für einen
kulturellen Wandel in den Köpfen.

21 SOZIAL MIT GEWINN

Social Entrepreneurs sind eine neue Form des
Unternehmertums. Was wollen sie?

Text: Dorian Waller

25 POSTER

Initiative: Machen wir uns stark!





Bild: Eva Vasari

10 ÖSTERREICH ZUKUNFTSREICH

Die Politik scheint den gesellschaftlichen Problemen nicht gewachsen. Eine Plattform von NGOs liefert 13 Anstöße für Österreich 2020.



Bild: Karin Wasner

16 KONKURRENZLOS GLÜCKLICH

Christian Felber, Mitglied von ATTAC, über eine Gesellschaft, in der sich der Mensch über den Profit erhebt.

Welt

27 WELT-NEWS

UN-Flüchtlingskommissar kritisiert Österreich.

28 DIE ARBEITSWELT ZERFÄLLT

Der Schweizer Gewerkschafter Alessandro Pelizzari warnt vor den Folgen von Prekarisierung und Individualisierung.

Interview: Pascal Jurt

32 CHANTS FOR GLORY

Die Türkei sucht den Muezzin-Superstar. Ein Dokumentarfilm begleitet die Vorbeter beim Songcontest

Text: Gunnar Landsgesell

34 KEIN NÜTZLICHER IDIOT

Walter Suntinger hilft der OMV, nach Öl zu bohren, ohne Menschenrechte zu verletzen. Ein Job mit Unsicherheiten.

Interview: Eva Bachinger

Rubriken

37 NGO-NEWS

Abschiebung verhindern

38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über die kleinen Nadelstiche gegen Asylsuchende.

Korrespondenz: Andreas Bachmann

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

2x5 Dinge von Petja Dimitrova

41 POPULÄR GESEHEN

Das neue „wir“.

Kolumne von Martin Schenk

42 IM GEMEINDEBAU

Der verdiente Parteisekretär.

Kolumne von Christian Tordy

43 SPOTLIGHT

Simon Inou, Journalist, M-Media-Mastermind und Antirassismus-Aktivist, im Portrait.

Text: Niko Katsivelaris

45 SOS MITMENSCH

Was wurde aus der WIK?

46 ANDERE ÜBER...

Franz Fischler fordert ein sozial gerechteres Steuersystem.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Multitude

Die Welt ändern

„Statt als Herren der Welt fanden sich viele als Knechte des Marktes wieder.“, schreibt Autor Karl Reitter in seinem Artikel. Was aber ist die Alternative dazu, Hoffnungen und Ideen zu einer Haltung zu formen? Zu versuchen, die Welt zu formen, anstatt sich in wilder Kritik dem System zu ergeben? Deutungs- und Perspektivverschiebungen bringen wahrscheinlich noch keine Veränderung, aber im Fall der Multitude-Bewegung rund um Negri/Hardt hat sich doch sehr viel aktivistisches Potenzial geformt, dessen Rhetorik, Ansichten und Handlungen in die Mainstream-Medien Eingang gefunden haben. Heute wird selbst in der ZiB wie selbstverständlich von der Pre-

karität Arbeitender gesprochen. Es scheint, als fände sich der Dogmatismus, für den die Linke früher kritisiert wurde, heute bei den Glaubensgängern des Neoliberalismus wieder. Auch das wird nicht halten.

Fritz Kastner, Wien

Expertise als Strategie

System-Crash

Je komplizierter politische Vorgänge werden, umso leichter scheinen Wähler/innen für einfache Lösungen ansprechbar zu sein. Das brachte schon einen gewissen George W. an die Macht, sein Kontrahent Al Gore dozierte in den Wahlkampfduellen damals einfach zu viel. Auch in England war jüngst zu sehen, dass jene, die an der Regierungsmacht sind, viel mit der Erklärung und Rechtferti-

gung jener äußerer, man kann auch sagen trans- und internationaler Sachverhalte zu tun haben, die letztlich das Verlangen eines Teils der Wählerschaft nach einfachen Parolen und Lösungen hervorruft. Politiker/innen erscheinen zunehmend unfreier, und das Primat der Ökonomie verfestigt sich, während es zugleich in den Bevölkerungen Empörung hervorruft. Ob dieser Zirkel durch eine stärkere Kontrolle oder Handlungsfähigkeit von Nicht-Regierungs-Organisationen zu durchbrechen ist, wage ich stark zu bezweifeln. So sehr ich ihre Arbeit schätze, so überzeugt bin ich davon, dass es letztlich nur ein Systemcrash sein kann, der die Allianz der Oberen zu Veränderungen zwingt. Aber über die Reformfähigkeit des Kapi-

talismus weiß mensch ja nur zu gut bescheid.

Clara Puchinger, Wien

FPÖ-Jugend im Netz

Rechts ignorieren

Mit Verlaub, ich habe Ihre Zeitung bereits mehrfach gelesen und auch immer wieder Interessantes darin gefunden. Was ich jedoch für entbehrlich halte ist, den Rechten zu viel Aufmerksamkeit zu geben. Interessiert es wirklich jemand, was die FPÖ-Jugend im Internet treibt? Ich halte das für völlig irrelevant. Die Sprache der Freiheitlichen, wenn sie zum Beispiel über ein Europa der Vaterländer sprechen, lässt leicht erkennen, dass sie die gleichen Codes wie rechtsextreme Gruppierungen verwenden. Dass sie sich zugleich jugendkultureller Mittel wie Disco, Rap, trendiger Kleidung bedienen, dass heute Frauen aus rechten Parteien ohne Irritation chauvinistisches Zeug von sich geben (oder nachplappern) lässt vielmehr darauf schließen, dass die Grenzen fließend geworden sind und die gesellschaftliche Mitte kein großes Bedürfnis zur Abgrenzung sieht. Wer glaubt, die Gesellschaft entwickelt sich immer „höher“ (und lässt andere wie muslimische Gesellschaften immer weiter „zurück“), muss erkennen, dass wir immer in der gleichen Denke herumtölpeln. Nur das Äußere verändert sich, die Verpackung, aber die Inhalte bleiben, sorry wegen des Kulturpessimismus, seit 50 Jahren gleich.

Hartmut Graber, Wien



mirno more – ist der Gruß der Seefahrer von Dalmatien und heißt frei übersetzt „Friedliches Meer“. Für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche aus über 20 europäischen Ländern bedeutet „mirno more“ noch mehr: Während der Segelwoche geht es darum, Toleranz und friedliche Konfliktlösung zu trainieren sowie Freundschaften über ethnische und soziale Grenzen hinweg zu schließen.

Die Telekom Austria Group ermöglicht mirno more seit 2001 eine langfristige und stabile Projektfinanzierung. Die mirno more Friedensflotte wurde 1994 ins Leben gerufen. Das erste Büro wurde von SOS Mitmensch gesponsert. Der Verein mirno more, eine private soziokulturelle NGO, wollte so den Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien eine konkrete Friedensinitiative entgegensetzen.

Neben Österreich ist die Telekom Austria Group in Bulgarien, Weißrussland, Kroatien, Slowenien, Serbien, Mazedonien und Liechtenstein tätig. Damit ist die Telekom Austria Group in vielen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens vertreten und setzt sich in dieser Region für Frieden und Toleranz ein.

TELEKOM AUSTRIA  GROUP



Vielfalt ist die Würze unserer Stadt.

Die Familiennamen im Wiener Telefonbuch zeigen es: Die Stadt ist international – genauso wie die Menschen, die hier leben. So soll es auch bleiben. Die Würze einer lebendigen Stadt ist ihre Vielfalt. Wir sorgen mit unserer Politik dafür, dass Integration funktioniert. Mehr Infos unter: www.wien.spoe.at

SPÖ 

WIEDERBETÄTIGUNG

Ermittlungen gegen Neonazi-Seite

Die Internet-Site Alpen-Donau.info gilt schon lange als Drehscheibe für österreichische Neonazis. Kommen die Justizbehörden nun an die Hintermänner heran?



Laut DÖW ist Alpen-Donau.info eine Drehscheibe für den militanten Neonazismus. Handelt nun der Verfassungsschutz?

Seit März 2009 wird auf der Internet-Seite Alpen-Donau.info nicht nur offen dem Nationalsozialismus gehuldigt, immer wieder werden VertreterInnen der jüdischen Gemeinde offen angegriffen und mit Namen und Kontaktdaten exponiert. Die Behörden mussten diesem Treiben bislang machtlos zusehen, da die Seite auf einem US-Server liegt. In den Vereinigten Staaten ist die Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut nicht strafbar, es gibt kein NS-Wiederbetätigungsgesetz. Deshalb lässt auch die Kooperation der amerikanischen Justiz in solchen Fällen zu wünschen übrig.

Nun bestätigt die Staatsanwaltschaft Wien gegenüber MO – Magazin für Menschenrechte, dass das Bundesamt für Verfassungs-

schutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) eine Sachverhaltsdarstellung eingebracht hat. Sprecherin Michaela Schnell gibt an: „Es sind umfangreiche Ermittlungen im Gang.“ Rechtshilfe wegen Wiederbetätigung sei möglicherweise gar nicht erforderlich, um an die BetreiberInnen heranzukommen, deutet ein BVT-Mann an und glaubt, dass die US-Behörden wegen anderer Delikte aktiv werden könnten. Die Website Alpen-Donau.info hat sich mittlerweile als Drehscheibe zwischen regionalen Gruppen aus dem „nationalen“ Spektrum etabliert. Immer wieder werden dort Aktivitäten wie Schmier- und Klebeaktionen aus dem Raum Wien, Nieder- und Oberösterreich dokumentiert. Auch mit rechtsextremen Gruppierungen aus Ungarn,

Tschechien und Deutschland dürfte mittlerweile ein hoher Vernetzungsgrad erreicht worden sein. So wurde etwa eine gemeinsame Erklärung von „böhmisch/mährischen“ und „deutschen Kamaradengruppen“ veröffentlicht, in der die Beneš-Dekrete für „null und nichtig“ erklärt werden. Die Homepage ist laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) „maßgeblich aus den Strukturen der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) und der verschiedenen Jugendgruppen der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) hervorgegangen.“ Mit Rebellenpose würden die BetreiberInnen versuchen, den Neonazismus jugendkulturell zu verankern. *phs*

STADTLIBEN

Karlsplatz drogenfrei machen

Die Exekutive treibt die Drogenszene durch die Stadt. Das nützt eigentlich nur der Polizei selbst.

Die geplanten Maßnahmen seien bereits mit der Wiener Polizeispitze akkordiert, erklärt der oberste Wiener Drogenfahnder Wolfgang Preisler gegenüber *Die Presse*: Der Karlsplatz solle durch erhöhten Kontrolldruck „drogenfrei“ gemacht werden. Bereits zuvor hatten Innenministerin Maria Fekter und Preisler auf einer Fachtagung bekannt gegeben, „die Szene in Bewegung halten“ zu wollen.

Dass die Drogenkranken nicht verschwinden, wenn sie von einem Standort vertrieben werden, diese Erfahrung mussten die WienerInnen im vergangenen Jahr mehrfach ma-

chen. Im Monatsrhythmus wurde ein Teil der offenen Szene von einem Grätzel ins nächste verdrängt. Der Effekt: Ständig gibt es verärgerte AnrainerInnen, die sich an die neue Situation gewöhnen müssen. Statt des Verkehrsknotenpunktes Karlsplatz, wo die Süchtigen zudem von SozialarbeiterInnen gut betreut werden können, traf es mitunter auch abgelegene Bereiche in Wohngebieten und rund um Schulen.

Auch wenn Repression das Angebot tat-

sächlich verknappt, nützlich ist die Strategie vor allem für die Polizei selbst. Sie kann „Handlungsfähigkeit“ demonstrieren. Die soziale Situation der Suchtkranken verschlechtert sich dagegen drastisch, und die Bevölkerung leidet unter einer unbetreuten Szene. *phs*



STANDESPOLITIK

ÖAAB will „Ghetto-Schulen“

Der ArbeitnehmerInnenbund will separaten Unterricht für Kinder mit Sprachschwierigkeiten. Ein längst überkommenes Konzept.

„Ghetto-Schulen“ seien „undurchdacht und gefährlich“, sagte die Wiener VP-Spitzenkandidatin Christine Marek gegenüber den *Salzburger Nachrichten*. Es wäre gut, wen Marek diese Einschätzung dem ÖAAB mitteilen könnte, bastelt der VP-ArbeitnehmerInnenbund doch gerade an einem Bildungskonzept, das genau das vorsieht: separaten Unterricht für Kinder mit Sprachdefiziten.

In einem Interview mit *Der Standard* lancierte ÖAAB-Chef Michael Spindelegger diesen Vorschlag erstmals. Kinder mit Sprachdefiziten sollen in eigenen Klassen oder



ÖAAB-Obmann Michael Spindelegger will separate Schulen für Kinder mit Sprachschwierigkeiten.

Schulen separiert werden, um nicht die anderen Kinder zu „belasten“, so Spindelegger. Pädagogisch ist das Konzept vom separierten Unterricht längst unten durch. Sonderschulen werden heute nur noch mit dem Kostenargument gerechtfertigt. Längst hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass bei entsprechender Infrastruktur auch die weiter fort-

geschrittenen SchülerInnen vom Unterricht unter einem Dach profitieren. Allerdings steigen in der gemeinsamen Schule auch die Aufstiegschancen unterer Einkommens- und Bildungsschichten. Das ist für Kinder, deren Vorsprung nicht den eigenen Talenten, sondern dem Einkommen und der Bildung der Eltern geschuldet ist, eine Bedrohung.

Neue Wege Social Entrepreneurs

DIE GUTMENSCHEN PACKEN AN



NGOs wollen nicht mehr der Tagespolitik hinterher hecheln, sondern selbst Zukunft schreiben. Mit 13 Anstößen zeichnen Menschenrechts-Initiativen ein anderes Bild von Österreich 2020.

Text: Maria Sterkl

Illustration: Eva Vasari



Österreich im Jahr 2010: 44 Prozent der WienerInnen haben Migrationshintergrund, viele davon türkische Wurzeln. Ein Schulsystem, auf das der Staat etwas hält, sollte diese Muttersprachen fördern, da vom Ausbau dieser Talente die gesamte Gesellschaft profitiert. Möchte man denken. Als Wiens Bürgermeister laut über türkischsprachige Schulen nachdachte, sorgte er für helle Aufregung und wurde herb kritisiert, bis er sich schließlich selbst distanzierte. Auf Bundesebene kommt derartige Verwirrung erst gar nicht auf. Kürzlich habe sie den türkischen Botschafter getroffen, erzählt Innenministerin Maria Fekter bei einem launigen Auftritt im Wiener Europa Club Anfang April. Der Botschafter habe angeregt, den Türkischunterricht auszubauen – schließlich sei es laut ExpertInnenmeinung gut für Kinder, in ihrer Muttersprache gestärkt zu werden. „Da hab ich gesagt: Genau, Herr Botschafter, wir lernen (sic!) nämlich auch den Müttern Deutsch! Dann gibt es gar kein Problem mit der Muttersprache.“ Applaus im Saal. Das ist eine Ministerin, die anpackt, hieß es danach beim Buffet. Da wurde auch über Grammatikfehler gerne hinweggesehen.

Lebensumfeld selbst gestalten

Anpacken. Das kommt gut an, in einer Zeit, da niemand weiß, wo es lang geht. Nachdem Religion, Ideologie und Tradition als Wegweiser ausgedient hatten, hielten wir uns für geraume Zeit ans Konsumieren. Nun ist Wirtschaftskrise, wir arbeiten fleißig, um mit einem Teil des Lohns Großbanken wieder liquid zu machen. Wo bleibt da noch Platz für Wellness und coole Klamotten?

Auf die Frage, wohin es gehen, soll, stürzen sich nun ausgerechnet jene Initiativen, die von ihren KritikerInnen bislang eher mit Sozialromantik assoziiert wurden als mit Pragmatismus. NGOs wie SOS Mitmensch, ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit), das Integrationshaus und das Interkulturelle Zentrum haben sich zusammenge-



Martin Schenk



Georg Atzwanger



Philipp Sonderegger

tan: Als „Netzwerk Chancen – Rechte – Vielfalt“ (NCRV) zeichnen sie in 13 thematisch formulierten „Anstößen“ ihr eigenes, positives Bild der Zukunft: Österreich im Jahr 2020 ist „ein Land mit demokratiebegeisterte BürgerInnen“, heißt es im Perspektivenkonzept. Menschen legen Wert darauf, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Sie engagieren sich für ein besseres Leben, warten aber nicht darauf, bis der Staat Gesetze erlässt, sondern setzen sie im eigenen Betrieb, im eigenen Verein schon vorher um. Alle wissen um ihre Rechte, es gibt Doppel-Staatsbürgerschaften und mehrsprachige Schulen, vormals benachteiligte Minderheiten sind nun in Politik, Wirtschaft und Medien an machtvollen Positionen zu finden.

Totale Schulreform

Und zwar schon im Kindergarten, sagt Martin Schenk, der in der NGO-Plattform das Ressort Bildung betreut. Schulklassen, in welchen sich ausschließlich weiße Mittelschichtkinder ohne körperliche Behinderungen versammeln, seien im Jahr 2020 „abnormal“, sagt Schenk. Sie stünden unter Druck zu rechtfertigen, warum sie so eigenartig homogene Klassen führten. Im Schulalltag in zehn Jahren sei eine Trennung in Sonderschule, Hauptschule, Gymnasium und Elitegymnasium undenkbar, dann lernen alle mit allen. Es brauche deutlich mehr Maßnahmen als die Einführung der Gesamtschule, glaubt der Sozialexperte der Diakonie Österreich, denn die würde für sich genommen „rein gar nichts bewirken“. In die neu designten Schulen aber werden auch gleich neue Unterrichtsmodelle und neu geschulte LehrerInnen einziehen. Offene Lerneinheiten statt des starren 50-Minuten-Musters, zwei oder drei LehrerInnen in altersübergreifenden Klassen statt Frontalunterricht, und sieben Schulfächer anstelle des heutigen „Mega-Fächerkanons“. So sieht Schenk die Schule 2020. Bislang ökonomisch schlechter gestellte Bezir-

ke würden hingegen mit deutlich mehr Geld ausgestattet: High-Tech-Physiksäle, bombastisches Turngerät und bunte Zusatzangebote könnten dafür sorgen, dass auch Herr Notar und Frau Staatsanwältin ihre Kinder gern in die Gesamtschule in Wien Favoriten schicken.

Wie wird die Total-Reform möglich? In der Vision von Martin Schenk sind wirtschaftliche Argumente der Auslöser. In Wissensgesellschaften sei die Wirtschaft einfach darauf angewiesen, dass das Schulsystem so viel wie möglich aus den Talenten der Menschen herausholt und sie fördert.

LEUTE MIT INTERKULTURELLER KOMPETENZ WERDEN BEVORZUGT EINGESTELLT. BESONDERS DANN, WENN SIE SELBST MIGRATIONS-HINTERGRUND HABEN.

Finanzielle Argumente spielen auch im Kapitel Fremdenrecht der „Anstöße“ mit: Es sei im Jahr 2020 schlicht zu teuer, einen Fremdenrechts-Apparat mit ewig neuen Rechtspaketen zu quälen. Darum heißt die Devise: Ausmustern, jäten, weg mit der Normenflut. Konkret schweben Georg Atzwanger, der das Kapitel Fremdenrecht mitverfasst hat, weniger Gesetze vor, die dafür verständlich formuliert sind. Ist das schon visionär? Ja, meint der Referent der Caritas Wien: Heute sei es schließlich „sogar für JuristInnen kaum möglich, die vielen Novellierungen zu durchschauen.“ Der mangelnde Zugang zum Recht sei „ein soziales Problem. Das als Menschenrechtsorganisation zu vernachlässigen, halte ich nicht für redlich.“ Genau das sei in der Alltagspraxis aber passiert. Die Frage, ob es angesichts der Bandbreite der Organisationen im Netzwerk schwierig war, einen inhaltlichen Konsens zu

finden, verneint Atzwanger klar. „Es war uns wichtig, den Fokus aufs Grundsätzliche zu legen.“ Zudem nähmen die einzelnen Organisationen ohnehin ständig inhaltlich Stellung.

Interkultur

Handfester wird es im Kapitel zur Sprache. „Im Jahr 2020 entschließt sich die österreichische Regierung, den Artikel 8, der das Deutsche als Staatssprache definiert, aus der Bundesverfassung zu streichen.“, schreiben die SprachwissenschaftlerInnen Verena Plutzer und ihre KollegInnen. Bosnisch/Serbisch/Kroatisch, Türkisch und Polnisch – alles, was regional von Vielen gesprochen wird, ist im Jahr 2020 offizielle Amtssprache. „Wer nur Deutsch und Englisch kann, wird nur ungern in den öffentlichen Dienst aufgenommen.“ Es entsteht ein boomender Markt an Dolmetschleistungen, die in Schulen, Unis und auf Ämtern gerne nachgefragt werden. Ein ähnliches Bild zeichnet das Kapitel Gesundheit: Dolmetschangebote in Krankenhäusern sind im Jahr 2020 längst Pflicht, ÄrztInnen mit interkultureller Kompetenz werden bevorzugt eingestellt. Besonders dann, wenn sie selbst Migrationshintergrund haben. Denn es ist deklariertes Ziel, dass Zugewanderte gemäß ihrem Bevölkerungsanteil auch bei den PrimärärztInnen vertreten sind – und nicht vorwiegend als Reinigungs- und Pflegekräfte.

Wie die schöne Welt des Jahres 2020 aber entstehen soll, war bei der Auftaktkonferenz des Netzwerks Ende März eher Nebensache. Es ging, so schien es, vor allem um Atmosphärisches: Weg vom ewigen Hinterherhasten, von Stellungnahmen zur Tagespolitik, die sich als Halbsätze in den Medien wieder finden. Dafür hin zu einer eigenen, aktiven Programmpolitik. „Wir lassen uns von Frau Fekter nicht mehr die Themen vorgeben“, formuliert es ein Beteiligter. Das Frühlingserwachen der NGOs, dem fast zwei

MAN KANN NICHT. SAGEN: DIVERSITÄT MUSS SEIN

Der Migrationsforscher Heinz Fassmann hat am Integrationsplan des Innenministeriums mitgearbeitet. Heute sieht er ihn mit Skepsis. Im Interview erklärt er, warum er von mehrsprachigen Schulen wenig hält.

Interview: Maria Sterkl, Bilder: Magdalena Blaszczyk



Fassmann: Mag sein, dass Unklarheiten über das Integrationskonzept gewollt sind.

Sie haben beim Nationalen Aktionsplan für Integration (NAP-I) des Innenministeriums mitgearbeitet. Welches Bild von Integration spiegelt sich darin wider?

Bei manchen Aussagen geht es weniger um die Idee von Integration als Partizipationsprozess, sondern eher um die Einhaltung von Recht und Ordnung. Der NAP-I (Nationale Aktionsplan – Integration, Anm.) ist der Versuch, zu einer konzertierten Aktion im Integrationsbereich zu kommen. Es wird wohl beim Versuch bleiben – ohne Kompetenz und ohne Geld. Ich bin daher skeptisch. Auf der anderen Seite ist er besser als nichts: Wir haben den Begriff der Integration wenigstens für einige Zeit an die Oberfläche der politischen Öffentlichkeit gespült.

Was ist Integration? Sie haben sie im NAP-I als einen Prozess bezeichnet, der nicht nur Zugewanderte, sondern alle möglichen Gruppen betrifft. Bei den ImmigrantInnen komme aber dazu, dass sie sich mit zwei verschiedenen Wertesystemen auseinandersetzen müssen. Tun sie das wirklich?

Als Zuwanderer ist man natürlich in einer anderen Gesellschaft sozialisiert worden. Zuwanderer haben sozusagen zwei verschiedene Sozialisationsformen zu berücksichtigen, während wir nur eine haben.

Sie sprechen vom „Anderen“. Aber anders als was? Wie sieht dieses österreichische Wertesystem aus? Man braucht sich ja nur die Bundespräsidentschaft anschauen: Drei ÖsterreicherInnen, drei ziemlich unterschiedliche Sozialisierungen.

Fortsetzung von Seite 12

Jahre Vorarbeit vorangingen, folgt aber auch einer selbstkritischen Einsicht: „Wir wollen weg vom Defizitorientierten, hin zu neuen Zusammenarbeitsformen“, sagt Philipp Sonderegger, Sprecher von SOS Mitmensch.

Für das Zusammenrücken der NGOs diente die Armutskonferenz als Vorbild. Ähnlich wie diese fordern auch die Anstöße eine Absage an den alten, spaltenden Integrationsbegriff und, mit einer verlockenden Parole, „ein gutes Leben für alle“. Dazu Sonderegger: „Der Integrationsbegriff kennt nur zwei Gruppen: In- und Ausländer. Wir wollen den Begriff öffnen. Wenn wir von einem guten Leben für alle sprechen, sprechen wir von Männern und Frauen, von Arm und Reich, usw. Wir glauben, jede/r soll so leben wie er/sie will. Wir glauben, dass persönliche Freiheit und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts kein Widerspruch sein muss.“ Wer heute benachteiligt ist, solle ermächtigt werden, in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv zu werden. Bei dieser Frage bräuchten aber auch die „Anstöße“ noch einen Denkanstoß: Am Schlusspanel der gut besuchten Auftaktkonferenz fand sich nur ein einziger Migrant – ein eingeladener Referent. „Am Netzwerk sieht man, dass es nicht so leicht ist, diese Anliegen durchzusetzen“, meint Georg Atzwanger, der die Gründe in einer Schwäche der MigrantInnen-Vereine sieht: Wenn sich NGOs wie beim Netzwerk über Jahre hinweg regelmäßig treffen, „dann geht kleineren Vereinen irgendwann die Luft aus.“ Größere Institutionen tun sich leichter, weil sie über Hauptamtliche verfügen, „die dafür bezahlt werden, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Offenbar brauchen auch Antidiskriminierungs-NGOs Druck, um Zugewanderte einzubeziehen. „Das lässt sich nur über Konflikte verändern“, räumt Sonderegger ein, die Platzhirsch-Mentalität sei das Hauptproblem des Netzwerks.

Gut möglich, dass im Eingestehen dieses Problems der wesentliche Reformprozess der Anstöße besteht. Bis Sommer werden die einzelnen Themenbereiche – Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, etc. – noch in Workshops bearbeitet, im Herbst findet eine Schlusskonferenz statt. Danach könnte, ähnlich der Armutskonferenz, ein jährlicher Menschenrechts-Gipfel stattfinden. Es gibt also noch Gelegenheit, den Nicht-Präsentierten Platz zu machen. Bis 2020 sind schließlich zehn Jahre Zeit.

Im Detail, ja. Aber ich glaube nicht, dass unter den Kandidaten beispielsweise bei der Frage, ob Bildung etwas Wichtiges ist, große Unterschiede existieren. Es gibt aber Sozialisationen in Herkunftsgesellschaften, wo beispielsweise weiterführende Schulbildung nicht so einen hohen Stellenwert besitzt.

Sehen Sie diese Sozialisationsformen nicht auch in österreichischen ArbeiterInnenmilieus?

Ja, sicher. Ich weiß auch, worauf Sie hinauswollen: Dass es nichts Uniformes in einer pluralistischen Gesellschaft gibt. Das ist natürlich so. Aber ein Ex-Jugoslawe aus dem ländlichen Arbeitermilieu wird trotzdem eine andere Sozialisation erfahren haben als ein österreichischer Arbeiter aus dem ländlichen Raum. Diese Unterschiedlichkeit kann und soll man nicht wegdiskutieren.

Schwierig wird es nur, wenn man versucht, diese Sozialisation zu charakterisieren.

Das glaube ich weniger. Schwierig wird es dann, wenn ich meine, Normen erlassen zu müssen, die sagen, was richtig und was falsch ist.

In welches der verschiedenen Wertesysteme einer pluralistischen Gesellschaft sollen sich also Zugewanderte „integrieren“? Dass sie das tun, wird ja gefordert.

In den, wenn Sie so wollen, jeweils sozialgruppenspezifischen Teil einer Zielregion.

Also die serbische Arbeiterin ins Wiener Arbeiterinnen-Milieu?

Ja, so ist es.

Wie verträgt sich das mit der Ansicht, wonach Integration bedeutet, alle gesellschaftlichen Gruppen zu umfassen und benachteiligten Schichten den Aufstieg zu ermöglichen?

Das Wesentliche der Integrationsdefinition ist ja nicht die Angleichung. Sondern die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und Ressourcen: Teilhabe am Arbeitsmarkt, beim Wohnen und bei der Bildung.

Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit man von Zugewanderten Assimilierung verlangt oder ihnen zugesteht, sich zu segmentieren.

Das ist eine politische Entscheidung. Und eine sehr schwierige. Denn wo ist die Grenze zwischen Diversität, dem Eröffnen kultu-

reller Freiräume einerseits und einer segmentierten Gesellschaft andererseits?

In welche Richtung bewegt sich die österreichische Innenpolitik? Eher in Richtung Angleichung oder eher in Richtung Segmentierung?

Ich bin unzufrieden damit, wie die Frage behandelt wird. Jeder sagt, er ist für Integration – wofür denn auch sonst. Aber keiner sagt genau, was für ein Modell er darunter versteht. Ich habe den Verdacht, dass die meisten Angleichung meinen. Denn wenn man Politiker damit konfrontiert, ob sie Assimilation anstreben, dann werden sie sagen: „Nein, überhaupt nicht.“ Da fehlt mir Klarheit, da fehlt mir konzeptionelles Denken.

Ist die fehlende Klarheit etwas bewusst Erstrebt? Bleibt man bewusst unklar, um sich Spielraum für Kompromisse mit politischen MitbewerberInnen zu erhalten?

Mag sein, ja. Unklarheit ist eben immer ein willkommenes Instrument, relativ rasch auf einer oberflächlichen Ebene Konsens zu erzielen.

Die „Anstöße“, eine Plattform von NGOs, fordern mehrsprachigen Unterricht und flächendeckend Dolmetschdienste auf Ämtern, in Spitälern. Verträgt sich das mit der Forderung nach Deutschkenntnissen auf allen Ebenen?

Wir haben schon jetzt die Mehrsprachigkeit mit Deutsch und Englisch. Und es spricht nichts dagegen, Muttersprachen zu fördern. Ich will mich aber dagegen verwehren, dass man sagt: „Diversität muss sein.“ Denn wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, und da muss man zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen gibt, die sagen: Ich will Österreicher werden, und ich will nur noch Deutsch sprechen. Man darf nicht eine Norm durch eine andere ersetzen, die einen Ausschlusscharakter besitzt. Wie viele Sprachen sollen Kinder neben Deutsch, Englisch, Französisch noch können? Also ich hoffe, wir landen nicht dort, was man in der Soziologie doppelte Halbsprachigkeit nennt.

Univ-Prof. Heinz Fassmann (55) hat im Auftrag des BMI Kriterien für ein „Integrationsmonitoring“ entwickelt. Zudem ist er Herausgeber des vom Innenministeriums maßgeblich finanzierten Integrations- und Migrationsberichtes.

HINSCHAUEN UND HELFEN! ARMUT IN ÖSTERREICH



bmask.gv.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

2010

**Europäisches Jahr
zur Bekämpfung von
Armut und
sozialer Ausgrenzung**

Armut nimmt

Perspektive

WAS TUT ÖSTERREICH GEGEN ARMUT?

- » Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- » Drei umfassende Arbeitsmarktpakete zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- » Zahlreiche Maßnahmen im Bildungsbereich
- » Steuerreform 2009: Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs
- » Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei Einkommen unter 1.350 Euro

MENSCHEN SIND AM GLÜCKLICHSTEN, WENN BEZIEHUNGEN GELINGEN

In seinem neuen Buch „Kooperation statt Konkurrenz“ entwirft der Wiener Publizist und Attac-Mitbegründer Christian Felber eine ökonomische Utopie, in der statt individuellem Profitstreben das Gemeinwohl im Vordergrund steht.

Interview: Pascal Jurt
Bilder: Karin Wasner

Herr Felber, die internationale Wirtschaftskrise ist Ausgangspunkt Ihres Buches. Muss man einfach die Politik der letzten drei Dekaden korrigieren, um den Kapitalismus sozialer und krisenfester zu machen?

So einfach ist es nicht. Man muss zuerst einmal fragen, warum die neoliberale Politik nicht nur die Finanzmärkte und die Wirtschaft, sondern alle Politikfelder einschließlich der Bildungspolitik immer mehr unter einen Verwertungsimperativ gebracht hat. Es gibt verschiedene, tiefer liegende Ursachen, die im System selbst begründet liegen. Durch die Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens sind gesellschaftliche Eliten entstanden, die die Demokratie außer Kraft setzen und zu ihren Gunsten lenken können. Mir geht es auch darum, die kapitalistische Systemdynamik und die begleitende hegemoniale Systemideologie zu hinterfragen.

Sie fordern in Ihrem Buch einen „dritten Weg“.

Dieser besteht aus vier Komponenten: Zum einen geht es um die Überwindung der kapitalistischen Kerndynamik, zum anderen um Aufklärung und die Dekonstruktion der kapitalistischen Ideologie und des entsprechenden Menschenbildes. Drittens sollten gesellschaftliches Vermögen, Macht und Teilhabechancen gerechter verteilt werden. Schließlich müsste erstmalig eine umfassende Demokratie hergestellt werden. Erst damit hätten wir dann einen Staat, der Entscheidungen zugunsten der eigenen Bevölkerungsmehrheit und des Gemeinwohls treffen kann.

Wie könnte eine konkrete Umsetzung dieser sehr weit reichenden Ziele denn aussehen?

Ich unterscheide zwischen dringlichen Sofortmaßnahmen, um die Finanzmärkte wieder einigermaßen zu stabilisieren und die Wirtschaft aus der unmittelbaren Rezessi-



Die Plattform „Weg aus der Krise“ will statt Massensteuern und Sparpaketen den „Überfluss“ besteuern. 13,4 Milliarden wollen die InitiatorInnen vom obersten Einkommensehntel lukrieren und als „Zukunftsgeld“ in Bildung, Integration, Mobilität und Soziales investieren. Damit sollen knapp 250.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Kampagne sucht UnterstützerInnen.

www.weg-aus-der-krise.at

Der Plattform gehören die Armtuskonferenz, Attac, Global 2000, Greenpeace, die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung, die Pro-Ge, SOS Mitmensch und die vida an.



Christian Felber: Die stärkste Motivation erfahren Menschen in Kooperationen, nicht in Konkurrenz.



Fotos: Attac

ATTAC: Aktionismus und sachorientierte Politik. Wie können Banken dem Gemeinwohl unterstellt werden?

ongefahr zu holen. Ein Beispiel dafür ist die Regulierung von Fonds. Dass man ihnen verbietet, Kredite aufzunehmen, dass man sie verpflichtet, sich in der EU anzusehen, wenn sie hier Geschäfte machen wollen. Dass man verschiedene Geschäftspraktiken, wie die riskantesten Spekulationen, untersagt. Längerfristig bin ich aber für die komplette Abschaffung aller Fonds, weil sie volkswirtschaftlich mehr schaden als nützen. Zum Beispiel bauen sie den Renditedruck auf, der immer stärker auf allen arbeitenden Menschen lastet. Demokratische Banken wären eine langfristige Alternative.

Sie weisen, neben einer grundsätzlichen Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, auf das Versagen der Politik hin?

Die kapitalistische Produktionsweise ist ein gesellschaftliches Machtverhältnis, und innerhalb eines kapitalistischen Gesellschaftsmodells hat die Demokratie langfristig keine Chance. Jetzt zeigt sich mit immer größerer Deutlichkeit, dass man deshalb diese Produktionsweise verändern muss. Weil sie erstens zu einer extremen Ungleichverteilung von Macht führt und zweitens aber auch Werte produziert, die den demokratischen Werten wie Menschenwürde, Gleichheit oder Solidarität diametral entgegengesetzt sind. Kapitalismus beruht auf dem egoistischen Vorteilsstreben. Das heißt, auf der Verletzung der Würde meines Nächsten und auf Konkurrenz. Das Gewinnstreben als oberstes Ziel ist jedoch ein völlig verkehrter Wert für die Wirtschaft. Diese kapitalistische Ethik hat in den letzten Jahren immer tiefer die Politik durchdrungen. Gleichzeitig verschmelzen die ökonomischen Eliten immer stärker mit den politischen Eliten. So kann die Politik aus Sicht der Mehrheit schließlich nur „versagen“. Aus der Sicht der systemrelevanten Banken „funktioniert“ die Politik jedoch sehr gut.

Wie wollen Sie EntscheiderInnen nahe bringen, plötzlich nicht mehr nach Gewinn zu streben? Humanismus statt Individualismus?

Ganz im Gegenteil! Die aktuelle neurobiologische Forschung erhärtet jetzt, was die humanistische Psychologie immer schon gewusst hat: Dass Menschen am glücklichsten sind, wenn Beziehungen gelingen. Die stärkste Motivation erfahren Menschen in der Kooperation, nicht in der Konkurrenz. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut auf diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen auf. Ziel des Wirtschaftens darf nicht länger die blinde Kapitalmehrung sein, sondern die Pflege des sozial-ökologischen Beziehungsnetzwerks, in das wir alle eingewoben sind.

Sie fordern auch eine Demokratisierung der Banken. Was verstehen Sie darunter?

Geld ist ein öffentliches Gut. Es sollte ähnlich kontrolliert und reguliert werden wie Bildung und Gesundheit. Dass Krankenhäuser, Schulen oder Trinkwasserversorger keinen Gewinn für private Aktionäre ab-

DIE LEITUNGSGREMIEN DER BANKEN SOLLTEN VON DER LOKALEN BEVÖLKERUNG DIREKT KONTROLLIERT UND DEMOKRATISCH GEWÄHLT WERDEN.

werfen müssen, sondern dem Gemeinwohl dienen, ist völlig klar. Geld sollte ebenso ein Gemeingut sein, und das Bankwesen sollte unter öffentlicher Kontrolle stehen. Allerdings sollten es keine Staatsbetriebe sein, sondern demokratische Betriebe mit dezentraler Struktur mit regionalen Zweigstellen wie z.B. die Sparkassen. Die exekutiven Leitungsgremien wie auch die Aufsichtsgremien sollten von der lokalen Bevölkerung direkt kontrolliert und auch direkt demokratisch gewählt werden. Das sollte auf kommunaler Ebene laufen und dort sollte der überwiegende Teil des Bankengeschäftes abgewickelt werden. Entscheidend ist, dass die Kontrolle über die Kreditvergabe möglichst lokal, dezentral, demokratisch und transparent sein müsste. Ein weiterer wich-

tiger Punkt wäre, dass die Regierung und das Parlament keine Zugriffsmöglichkeit auf die demokratische Bank haben. Diese Bank ist ausschließlich Eigentum des Souveräns.

Im letzten Buchkapitel geben Sie mit praktischen Alltagstipps wie „lieber alle zwei Jahre mit dem Schiff schön verreisen als dauernd mit dem Flugzeug herumjetten“ oder „keine Erdbeeren im Januar kaufen“ konkrete mikropolitische Hilfestellungen. Braucht es diese Erbauung nach der Abrechnung mit dem Kapitalismus noch?

Ich weiß aus meinen Vorträgen, dass die Leute sehr dankbar für diese ganz praktischen und konkreten Vorschläge sind, weil sie große Ohnmacht empfinden und nicht wissen, welchen persönlichen Beitrag sie zur Änderung der Welt leisten können. Menschen werden nicht dazu erzogen, mündig zu handeln und zu entscheiden. Es fehlt uns an individueller Autonomie, Selbstvertrauen, Selbstwertgefühl und dem Glauben an die eigene Handlungsmacht. Wenn diese wirklich tief verankert wären, im Sinne einer humanistischen Psychologie, dann gäbe es keinen Kapitalismus, dann gäbe es keine Herrschaft, sondern tiefe Demokratie, weil jeder Mensch aus ureigenstem Antrieb nach einem Maximum an Mitbestimmung streben würde.

Christian Felber

Kooperation statt Konkurrenz.

10 Schritte aus der Krise

Deuticke, Wien 2009, **14,90 Euro**



BEWUSSTES EINKAUFEN? DAS BRINGT NICHTS!

Per Langstreckenflug ins Ökoressort jetten und durch den Kauf von Fischstäbchen Meeresprojekte finanzieren. Wie lässt sich durch Konsum und CSR die Welt verbessern, Frau Hartmann?

Interview: Mark Hammer
Fotos: Stephanie Fuessenich



Hartmann: Ist ein Bio-Rind, für das der Regenwald gerodet wird, sinnvoll?

ZUR PERSON

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann, geboren 1972 in Ulm, arbeitete als Politikredakteurin für die „Frankfurter Rundschau“ sowie für das Magazin „Neon“. Hartmann lebt und arbeitet in München. Auf www.ende-der-maerchenstunde.de bloggt Hartmann über Lohas, CSR und ähnliche Themen.

Frau Hartmann, Sie schreiben in Ihrem Buch „Ende der Märchenstunde“, dass die Industrie die Life-Style-Ökos vereinnahmt. Wie geschieht das?

Das Märchen erzählen zwei Lager. Zum einen die LOHAS (Menschen, die einen Lifestyle of Health and Sustainability leben, Anm.): Sie behaupten, dass, wenn man seinen Konsum nach ethischen und ökologischen Kriterien gestaltet und entsprechende Produkte kauft, Unternehmen nur mehr solche Produkte herstellen, dass man also durch seinen Konsum die Wirtschaft ändert. Die Unternehmen springen auf diesen Trend auf und erzählen das Märchen, dass man die Welt retten kann, wenn man ihre Produkte kauft.

Durch Öko- und Fair-Trade-Produkte wird die Welt nicht besser?

Ein Bioprodukt aus regionaler Herkunft oder fair gehandelter Kaffee sind etwas anderes als Fischstäbchen, von deren Preis eine Spende an ein Meeresschutzprojekt geht. Doch Bio ist auch nicht toll, wenn man seine Ernährungs- und Lebensweise nicht ändert. Bio ist die Idee einer ressourcenschonenden, umwelt-, tier- und menschenfreundlichen Landwirtschaft. Ein brasilianisches Bio-Rindersteak, für das Regenwald gerodet wurde, verstößt fundamental gegen diese Idee. Und wenn man im Jänner auf Erdbeeren beharrt, ist das auch nicht besser, wenn sie bio sind: Sie werden in heißen trockenen Ländern angebaut, wo der hohe Wasserverbrauch die Umwelt schädigt.

Betrifft diese Kritik auch LOHAS? Ich dachte, das sind schon Menschen, die auf Erdbeeren im Jänner verzichten.

LOHAS ist ja auch ein Marketingbegriff. Er definiert eine besserverdienende Käuferschicht, für die Bio eine andere Qualität hat, als für die klassischen Ökos. Die wollten keine Erdbeeren im Jänner oder Bio-Frühhkartoffeln aus Ägypten. Dass solche Produkte jetzt auf den Märkten sind, ist eine Folge davon, dass LOHAS Verzicht und Ideologien ablehnen und stattdessen Glamour und Luxus mit ökologischen Komponenten vermischen. Es ist die Idee, dass man so weiter machen kann wie bisher, wenn man seinen Luxuskonsum ein bisschen ethischer gestaltet, aber eben nicht verzichtet.

Was wäre die Alternative? Konsumverzicht?

Ein Lebensstil des Weniger ist absolut notwendig. Aber es wird immer nur eine kleine Gruppe von Menschen ihr Leben danach ausrichten. Politik oder Wirtschaft kann man also nicht durch seinen Lebensstil ändern. Da wird nie eine kritische Masse zustande kommen. Die Alternative ist das altmodische Protestieren, das Ausschöpfen demokratischer Möglichkeiten. Kein Unternehmen ändert seine Wirtschaftsweise freiwillig, wenn es davon profitiert, dass es produzieren kann, wo es am billigsten ist und wo es die niedrigsten Umwelt- und Sozialstandards gibt. Deswegen braucht es politisches Engagement. Aber an dessen Stelle ist ein merkwürdiger ökonomischer Pragmatismus gerückt. Man glaubt, dass man durch Einkaufen und Konzernbelohnung etwas ändern kann. Das ist aber nicht der Fall.



Demonstrieren bewirkt immer noch mehr, als bewußt einzukaufen.

Was, wenn alle Menschen umsteigen?

Fairer Handel kann eine faire Weltwirtschaft nicht ersetzen. Er ist angetreten, um die schlimmsten Auswirkungen zu lindern. Jetzt machen Konzerne bei dieser Öko- und Ethikwelle mit, nehmen ein bisschen fairen Kaffee und Kakao ins Programm, stellen aber nicht ihr ganzes Programm um. Es wäre viel gewonnen, wenn Konzerne allen ihren Produzenten Preise zahlen würden, von denen sie leben können. Das macht natürlich kein Unternehmen. Statt dessen setzen sich Lobbyverbände auf EU-Ebene für die Liberalisierung der globalen Märkte ein.

Wenn aber alle KonsumentInnen nur mehr faire und Bioprodukte nachfragen würden?

Das wäre zwar schön, wird aber nicht passieren. Nach Umfragen findet mehr als die Hälfte der Deutschen fairen Handel gut, aber der Marktanteil liegt trotz Boom bei einem Prozent oder darunter. Auch Bio hatte während des Booms Wachstumsraten von bis zu 20 Prozent – aber der Anteil am Lebensmittelmarkt ist immer noch eine Nische von vier Prozent. Und die Wachstumsraten sind wieder einstellig. Bioprodukte sind auch eine Geldfrage. Das kann sich einfach nicht jeder

Fotos: Stephanie Fuessenich

INTERVIEW

leisten. Solange es Billigflüge um zehn Euro gibt, wird man auch genügend Leute finden, die das annehmen. Verzicht in einem nennenswerten Ausmaß gibt es nicht. Es ist sinnvoller, Leute zu Bürgeraktionen zu animieren. Es macht einen größeren Unterschied, wenn tausend Leute mehr bei einer Demonstration sind, als wenn tausend Leute ihren Konsum umstellen. Das hat man im April in Deutschland gesehen: 120.000 Leute haben in einer Menschenkette gegen Atomkraft protestiert – das ist gesellschaftliche Kraft!

Die Menschen sollten sich also politisch mehr einbringen?

Ja. Gesellschaftliche Veränderungen sind noch nie durch Konsum entstanden. Dinge ändern sich nicht, wenn man sich ein gutes Gewissen im Supermarkt kauft, glaubt, man hat seinen Beitrag geleistet und nicht weiter behelligt werden möchte. Daraus entsteht keine Wut, sondern Stillstand. Weil es dazu führt, dass Unternehmen aus der Kritik geraten und sich eine Verantwortung auf die Fahnen schreiben, die sie in ihrem Kerngeschäft nachweislich nicht wahrnehmen. Man muss Unternehmen und die Politik unter Druck setzen, damit es Regulierungen gibt.

Sie schreiben im Zusammenhang mit LOHAS von einer Kastengesellschaft.

Dieser Lebensstil ist eine elitäre Idee. Bio-Produkte und öko-faire Kleidung sind leider teuer. LOHAS bleiben unter sich, stecken ihre Kinder in den besseren Kindergarten, wo nur bio gekocht und wo Englisch unterrichtet wird. Es ist aber kein solidarisches Prinzip, zu sagen, dass die, die schlecht einkaufen, die schlechteren Menschen sind. Den Harz-IV-Empfänger verbindet mit der Näherin in Bangladesch ein großes Problem: aus einem System ausgeschlossen zu werden, das nach dem Recht des Stärkeren funktioniert.

Sie waren Redakteurin bei „Neon“. Sind LOHAS nicht auch Zielgruppe dieser Zeitschrift?

LOHAS sind etablierte Erwachsene mit hohem Einkommen, Neon-Leser sind Berufsanfänger, junge Erwachsene zwischen 20 und Anfang 30. Klassische LOHAS-Themen wie Öko-Konsum, Wellness, Green Glamour kommen in Neon eher nicht vor. Ich selbst war übrigens schon als Redakteurin deren Kritikerin. Mein Buch ging aus einem Leitartikel hervor, den ich in Neon gegen LOHAS und Greenwashing geschrieben habe.

Was halten Sie von CSR?

Gar nichts. Wenn ein Unternehmen freiwillig in Vietnam ein Kinderheim aufmacht und gleichzeitig in einem Nachbarland unter unerträglichen Bedingungen produziert, dann wiegt das eine das andere nicht auf. Es ist im Grunde ein Ablasshandel. CSR ist eine Einrichtung, um sich Gesetze vom Hals zu halten. Das ist eine Botschaft an Politik und Bürger: wir kümmern uns drum, wir brauchen keine Regeln und ihr Konsumenten könnt in Ruhe bei uns einkaufen. Sogar Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung in gigantischem Ausmaß auf der ganzen Welt betreiben, haben eine CSR-Abteilung. Wenn eine Pharmafirma ein Projekt für Straßenkinder in Indien finanziert, hilft das ein paar Kindern. Aber wenn die Firma gleichzeitig gerichtlich dafür sorgt, dass es in Indien kein günstiges Generikum für ein Krebsmedikament gibt, oder wenn sie bei uns längst verbotene Pestizide dort an die Baumwollbauern verkauft, dann ist das Straßenprojekt zwar ganz nett, aber es ändert nichts. Konzerne dürfen sich nicht aussuchen können, wie und auf welcher Seite sie die Welt retten. Es braucht ein gesellschaftliches Übereinkommen darüber.

Kathrin Hartmann

Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt

Blessing Verlag, 383 Seiten, 17,50 Euro



Biorama-Chef Milo Tesselaar über den Nutzen von CSR.



Bild: Marco Rossi

CSR, also Unternehmen mit sozialer Verantwortung, ist groß in Mode. Was hältst du davon?

Nichts. Nach einem CSR-Kriterien-Katalog aus einer Unternehmens-Abteilung heraus „Gutes, Soziales, Ökologisches“ zu tun, ist ja, nett – aber sicher nicht der Rede wert. CSR ist ein gutes Geschäft für eine Schar von Nachhaltigkeits-Beratern, die Firmen mit diesem Thema positionieren.

Hast du Kathrin Hartmanns Buch „Ende der Märchenstunde“ gelesen?

Ich halte es für kontraproduktiv. Es verunsichert ohnehin überforderte Konsumenten auf einem Markt, der sich erst entwickeln muss. Es kritisiert die vier Prozent, die Bio-Lebensmittel am deutschsprachigen Markt ausmachen, anstatt bei den 96 Prozent etwas weiterzubringen.

Wie positioniert sich Biorama zwischen „Gutem Leben“ und „Systemkritik“?

Mit Taten und Worten. Wir schaffen das Bewusstsein, nicht das System zu kritisieren, sondern das System zu gestalten. Das ist eine Frage von Kultur und Mentalität. Biorama versucht, Impulse für einen kulturellen Wandel zu liefern.

Bist du LOHAS?

LOHAS heisst Lifestyle of Health and Sustainability. Bewusst in Bezug auf meine Gesundheit und einen ökologisch-sozial positiven Impakt zu leben, entspricht in einer Art meinem Lebensstil. *gun*

Milo Tesselaar ist Gründer, Herausgeber und Chefredakteur von Biorama – Magazin für nachhaltiges Leben mit Stil.

PIONIERE DER ÖKONOMIE

Er misst Erfolg nicht am Gewinn,
sondern am initiierten gesellschaft-
lichen Wandel.
Gewinne stören aber nicht unbedingt.
Wer ist der Social Entrepreneur?

Interview: Dorian Waller

Die erste Hürde ist die Aussprache. Englisch und Französisch prallen hier brutal aufeinander. Soziales Unternehmertum macht die Angelegenheit als Übersetzung für deutschsprachige Zungen zwar einfacher, bringt aber auch einige Unschärfen mit sich. Schließlich steht beim Entrepreneursgedanken weniger die Art, ein Unternehmen zu führen, im Vordergrund, als vielmehr der eine Unternehmung initierende Funke. Ein Social Entrepreneur ist somit jemand, der etwas Neues macht. Ein Pionier, der Handlungsbedarf sieht und entsprechend interveniert. Die von ihm beackerten Problemfelder sind äußerst vielfältig. Ob in Sachen Umwelt, Gesundheit, Menschenrechte, Bildung oder wirtschaftliche Entwicklung, dem Engagement sind keine Grenzen gesetzt. Die Vielfalt der Betätigungsfelder erlaubt es auch, eine Vielzahl an UnternehmerInnen in die Schublade der Social Entrepreneure zu stecken.

Welt soll profitieren

Franz von Assisi kann man so rückblickend bereits als einen Social Entrepreneur bezeichnen. Er hat den Franziskanerorden gegründet. In der Neuzeit werden beispielsweise Florence Nightingale, Pionierin der modernen Krankenpflege, oder Henry Dunant, Gründer des Roten Kreuzes, gerne mit diesem Etikett versehen. Der Begriff des Social Entrepreneurs wurde freilich erst we-

sentlich später geprägt. Das ist vor allem einer Person zu verdanken: Bill Drayton, der 1980 mit Ashoka die erste und bis heute größte Non-Profit-Organisation zur Förderung von Social Entrepreneurship gründete. Ziel von Ashoka ist es, StipendiantInnen auf der ganzen Welt mit den entsprechenden Ressourcen bei der Umsetzung gemeinnütziger Projekte zu unterstützen. Eines der erfolgreichsten der derart geförderten Projekte stellt die Grameen Bank von Muhammad Yunus dar, deren System von Mikrokrediten 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Auch wenn es noch andere Organisationen mit ähnlichen Zielen gibt (beispielsweise die Schwab Foundation von Klaus Schwab, dem Gründer des Weltwirtschaftsforums, oder hierzulande die Bewegungstiftung Österreich), so ist Ashoka dennoch so dominant, dass sie praktisch die Deutungshoheit in puncto Social Entrepreneurship inne hat. Ashoka definiert den Social Entrepreneur als einen Unternehmer, der gänzlich neue Systeme kreiert und „bei der Aufgabenerfüllung keine finanzielle Gewinnerzielung anstrebt, sondern den Erfolg seines Tuns am gesellschaftlichen



Hubmann: MitarbeiterInnen und Hühner gleich wichtig.

Wandel misst.“ Zugleich kann er andere Personen motivieren und auf diese Weise die notwendigen finanziellen und materiellen Ressourcen anziehen. SozialunternehmerInnen werden so von sozialen Geschäftsleuten abgegrenzt und damit auch als Handelnde festgemacht, die qua definitione auf die Unterstützung einer Organisation wie Ashoka angewiesen ist.

Das Huhn mitdenken

Es gibt aber auch weniger strenge Definitionen, die Unternehmen mit einbeziehen, die zwar Warenproduzenten im klassischen Sinn sind, dabei aber bewusst neue Wege beschreiten und so ebenfalls zu sozialen Pionieren werden. Heini Staudinger zum Beispiel, der mit GEA im Waldviertel Schuhe und Möbel ökologisch nachhaltig herstellt. Oder Toni Hubmann. Mit seinen Freilandeiern ist er nicht nur prominenter Dauer-gast in den Kühlregalen heimischer Supermärkte. Er hat zugleich das glückliche Huhn derart ins öffentliche Bewusstsein gebracht, dass Rind, Schwein und Lamm neidvoll mit den Ohren wackeln können. Im Gespräch mit MO deklariert sich Hubmann als sozialer Unternehmer, der, ausgehend vom Tierschutzgedanken, stets darauf achte, dass „die Interessen des Betriebes und die Wünsche der Mitarbeiter, was auch Bauern und Hühner mit einschließt, zusammenkommen“. Karitative Projekte zu unterstützen ist für Hubmann eine Selbstverständlichkeit, die „überhaupt nichts mit PR oder Werbung zu tun“ habe. Dabei handelt es sich zwar meist um klassisches Sponsoring, manchmal unterstützt Toni Hubmann aber auch mit Naturalien. Etwa Wolfgang Puchers Vinzi-Pasta-Projekt.

Pucher ist sicherlich einer der prominentesten sozialen UnternehmerInnen Österreichs. Bekannt wurde der Grazer Pfarrer als Gründer des VinziDorfes, das Obdachlosen eine sichere Unterkunft gibt. Dem Containerdorf folgten weitere soziale Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft wie Sozialmärkte, Beratungs- und Notschlafstellen. Auf ein besonders großes Medienecho stieß allerdings vor drei Jahren die Produktion der Vinzi-Pasta. Diese wird im slowakischen Hosice von dort ansässigen Roma-Frauen hergestellt. Die Nudelproduktion ermöglicht den Roma in ihrer Heimat einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und bringt außerdem der Vinzenzgemeinschaft zusätzliche Einnahmen für weitere karitative Projekte.

Wie man sieht, lassen sich unter dem Begriff Social Entrepreneurship viele Handlungsansätze zusammenfassen, eine allgemein verbindliche Definition existiert nicht. Sowohl



Heini Staudinger, GEA Werkstatt



Muhammad Yunus, Erfinder der Mikrokredite



Nudelproduktion Vinziprojekt



Projekte, deren einziger Inhalt gesellschaftlicher Wandel ist, als auch Geschäftsmodelle, die beim Handel mit herkömmlichen Produkten versuchen, die Wirtschaftswelt ein wenig besser zu machen, können als Beispiele für Sozialunternehmen herangezogen werden. Sinnvoll ist ein entsprechender Unternehmensansatz aber in jedem Fall. Herkömmlichen UnternehmerInnen sollte das soziale Bemühen und eine gewisse Originalität nicht nur einen besseren Schlaf, sondern auch eine positive Präsenz in der öffentlichen Meinung bringen. Für den klassischen Welfare-Bereich wiederum ist ein besonders kreativer Ansatz ebenfalls von zusätzlichem Nutzen, da nur so die für den Erfolg so wichtige Öffentlichkeit erzeugt werden kann. Worauf es letztlich am meisten ankommen dürfte, ist, dass es Menschen gibt, die Ideen haben, um die Welt gesünder, fairer und irgendwie besser zu machen. Ob mit der Unterstützung einer Dachorganisation oder selbstständig, ob mit einem komplizierten Namen oder einfach so.

Michael Adam
Bellinda Akwa-Asare
Vera Albert
Nicole Bäck-Knapp
Stefan Bartusch
Josef Bednarik
Peter Blau
Jürgen Brües
Meryem Citak
Paulette D. Buczolic
Kajetan Dick
Jana Eberhardt
Ahmet Eraslan
Valerie Erwa
Stephan Fickl
Stefanie Fleisch
Edgar Forster
Gerhard Gakuru
Reinhold Gärtner
Aram Ghadimi
Ahmad Haschemi
Mathias Hauer
Ulrike Hauser
Reinhard Jellinek
Puja Khoschorur
Kathrin Kleindorfer
Birgit Kleinlercher
Markus Koban
Daniela Krammer
Oswald Kuppelwieser
Martin Leitner
Gudrun Lenk-Wane
Waltraud Liebich
Andrea Mayer-Edoloeiy
Katharina Meichenitsch
Markus Meister
Daneta Memisevic
Christiane Moser
Maria Katharina Moser
Michaela Moser
Klaus Obitsch
Melanie Ossberger
Niko Ostermann
Judith Pahola
Dana Pajkovic
Brita Pohl
Herbert Poledna
Alexander Pollak
Martina Pregartner
Anna Pregartner
Max Preglau
Kasim Qurbanali
Paula Rossi
Manuel Rubey
Irmis Salzer
Martin Schenk
Andreas Schmid
Friedrun Schütze
Sebastian Seidl
Hanna Silbermayr
Riki Simoni
Katharina Sonderegger-Kyck
Alexander vanDerka
Hans Christian Voigt
Markus Willand
Gerhard Wannenmacher
Adam Wehsely-Swiczinsky
Sandra Weihs
Elke Weissenborn
Susanne Wolf
Susanne Zoehrer
Sarah Zott

und viele, viele mehr
haben sich bereits
stark gemacht

machen wir uns **STARK** 18. September

Machen wir uns stark. 18. September. Heldenplatz Wien. Willenskundgebung, Manifest, Konzert.

Österreich ist schön, reich und ziemlich bunt. Es ist ein vielfältiges Land, und das ist gut so. Darauf kann man etwas aufbauen. Ändern wir doch die Dinge, die schief laufen: in der Schule, am Arbeitsmarkt und beim Zusammenleben.

Zauderer, Zyniker und Zündler waren jetzt lange genug am Wort. Wir brauchen hier niemanden, der Menschen gegeneinander aufwiegelt. Wir verzichten auf alle, die Flüchtlinge und Arbeitslose zu Sündenböcken machen. Wir lassen uns auch nicht einreden, dass die Opfer der Finanzkrise an ihrem Schicksal selbst schuld sind. Diese Hetze vergiftet uns nur. Und sie lenkt von den Fragen ab, die für unsere Zukunft wirklich wichtig sind.

Machen wir uns stark. Für eine lebendige Demokratie, in der etwas weiter geht, für eine Politik, die Chancen nutzt und Probleme angeht.

Wir lassen uns nicht spalten. Alle leben wir in diesem Land und alle können wir es mitgestalten. Grundrechte gelten ohne Ausnahme. Es gibt immer unterschiedliche Meinungen. Aber wir wollen vernünftig miteinander reden. Wir bauen nicht auf Sündenböcke. Wir bauen auf die Zukunft.

Konkret fordern wir daher:

* einen radikalen Kurswechsel in der Asyl- und Fremdenpolitik. Als ersten Schritt: ein Ressort für Diversität und Integration. Damit das Zusammenleben keine Polizeisache mehr ist.

* eine mutige Bildungspolitik, die die Vielfalt der Menschen anerkennt. Als ersten Schritt: eine kräftige Erhöhung des Bildungsbudgets und eine Schule, die nicht ausgrenzt. Damit das Potential, das in unseren Kindern steckt, sich voll entfalten kann.

* eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und Jobs, von denen wir leben können. Als ersten Schritt: Investitionen in Zukunftssektoren wie Kinderbetreuung, Pflege und soziale Dienstleistungen. Damit wir niemanden zurücklassen.

* das entschlossene Eintreten für eine demokratische Öffentlichkeit. Als ersten Schritt: die Beseitigung aller rechtlichen und informellen Barrieren beim Zugang zu Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Damit alle sich Gehör verschaffen und ihre Anliegen einbringen können.

www.machen-wir-uns-stark.at

Machen wir uns stark!

auf machen-wir-uns-stark.at

Jetzt kommt es auf uns alle an! Zauderer, Zyniker und Zündler waren lange genug am Wort. Gehen wir die Fragen an, die für unsere Zukunft wirklich wichtig sind.

Machen wir uns stark für einen radikalen Kurswechsel in der Fremdenpolitik, eine mutige Bildungspolitik, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands sowie Jobs, von denen wir leben können.

Mobilisieren wir für eine Willenskundgebung am 18. September 2010 auf dem Heldenplatz! Eine Manifestation der Zivilgesellschaft zur rechten Zeit kann einen machtvollen Ruck in der Politik auslösen.

3333 Menschen, die 15 Euro spenden, können unseren Anliegen eine unabhängige und wirkungsvolle Bühne geben. Machen wir uns stark!

The screenshot shows the website 'machen wir uns stark' with a donation progress bar at the top indicating a goal of €6252.00. Below the progress bar, there is a list of proponents (ProponentInnen) and a list of supporters (UnterstützerIn). A central text block explains the goal of a 15 Euro donation to support a 3333-person demonstration on September 18, 2010. A registration form is visible, with steps: 1. Einstehen, 2. Einladen, 3. Spenden. The form includes fields for name, email, and a checkbox for anonymous support. A 'Facebook' widget is also present on the right side of the page.

A middle-aged man with grey hair, wearing a grey pinstriped suit, a light blue shirt, and a red tie with white and blue stripes, stands with his arms crossed leaning against a dark grey BMW car. He is wearing a silver watch on his left wrist and black loafers. The car is parked on a cobblestone surface. In the background, there are trees with yellow autumn leaves under a bright sky.

**Wie lange können wir
uns Reiche noch
leisten?**

Reisewarnung Arizona

Mexiko hat wegen eines scharfen Ausländergesetzes in Arizona eine Reisewarnung für den US-Bundesstaat ausgegeben.



60 JAHRE GENEFER KONVENTION

UN-Flüchtlingskommissar: Kritik an Österreich

Im nächsten Jahr wird die Genfer Flüchtlingskonvention 60 Jahre alt. Überholt von der Realität wurde sie schon längst. Denn der Status von Menschen, die aufgrund der Folgen des Klimawandels aus ihrer Heimat flüchten müssen, wird darin nicht einmal erwähnt. Darauf machte auch UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres nach seiner Wiederwahl im April aufmerksam. Das UNHCR schätzt in einer Studie aus dem vergangenen Jahr, dass bis 2050 mehr als 200 Millionen Menschen ihre

Heimat aufgrund klimatischer Veränderungen verlassen werden müssen. „Steigende Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in den Industrieländern“ sollten, so Guterres, allerdings die Alarmglocken klingeln lassen. Der UN-Kommissar glaubt, dass die Ablehnung einerseits auf medial verstärkte, stereotype Bilder von Fremden (Stichwort Terrorismus und 11. September) zurückzuführen sind. Aber auch darauf, dass Wanderungsbewegungen und politisches Asyl immer wieder vermischt würden.

Gerade, weil Europa Möglichkeiten legaler Migration reduziert habe, würde Menschenhandel zur blühenden Industrie gemacht. Österreich bezeichnete Guterres in einem *Presse-Interview* als Land mit solidem Asylsystem, fügte aber drei Schwachpunkte an: die Haftpraxis müsse zurückgefahren werden, Rechts-hilfe bestünde nur mangelhaft und die Qualität der Entscheidungen in erster Asylinstanz bezeichnete er als „mangelhaft“. *aba*

Deutsche kriegen die meisten Anzeigen

„Die Ausländer“ machen es uns nicht leicht. Nun wehren sie sich auch noch gegen allzu grobe Stereotypen. Deutsche sind laut Polizei-Statistik die ausländische Nation mit der höchsten Anzeigenbelastung. Wo sind die guten, alten Zeiten hin, in denen sich Rumänen oder Afrikaner als Feindbild angeboten haben? *phs*

Nun auch Zivilcourage-Trainings

Das neueste Angebot des Mauthausenkomitees Österreich sind Zivilcourage-Trainings. Die Lehrgänge richten sich an SchülerInnen und Lehrlinge ab der zehnten Schulstufe. Ziel ist, aus unbeteiligten ZuschauerInnen engagierte HelferInnen zu machen. Die TrainerInnen werden vom Mauthausen Komitee an Schulen vermittelt.

Echter Wiener hat Migranten in Verwandtschaft

44 Prozent der WienerInnen haben laut Studie der Stadt Wien Migrationshintergrund. Berücksichtigt wurde, wenn zumindest ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Nicht berücksichtigt: die Großeltern-generation. Die Enkel der meisten GastarbeiterInnen sind also gar nicht erfasst. So wie Zugewanderte aus den Bundesländern.



UN-Kommissar Guterres: Kritisiert ausufernde Haftpraxis für Asylsuchende.

„Arbeitsrisiken nicht weiter individualisieren!“

PREKARISIERUNG

Wir erleben eine neue Fragmentierung der Arbeitswelt

Alessandro Pelizzari beschreibt die Bewältigungsstrategien von prekär Beschäftigten als Verteilungskämpfe um Sicherheit. Der Soziologe und Gewerkschafter warnt im Gespräch vor der Herausbildung neuer sozialer Klassen.

Interview: Pascal Jurt

Fotos: Francesco Saccomanni

Herr Pelizzari, Sie beschäftigen sich mit den Dynamiken unsicher gewordener Beschäftigungsverhältnisse. Der Begriff der Prekarität hat in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Karriere absolviert. Was verstehen Sie darunter?

Das Internationale Arbeitsamt definiert heute ein Beschäftigungsverhältnis als prekär, wenn es sozial- und arbeitsrechtlich schlecht abgedeckt ist, durch ein niedriges Einkommen geprägt ist und keine langfristige Lebensplanung ermöglicht. Neu ist das natürlich nicht. Prekär bedeutet im Wortlaut ja nichts anderes als unsicher, widerruflich. Damit ist jedes Lohnarbeitsverhältnis potenziell pre-





Mathieu Berger

ZUR PERSON**Alessandro Pelizzari**

Alessandro Pelizzari, geboren 1974, ist Regionalsekretär der schweizerischen Gewerkschaft Unia in Genf. Er promovierte 2008 mit seiner Publikation „Dynamiken der Prekarisierung“ an der Universität Genf. Neben seiner Studie über Exklusionswirkungen von atypischen Erwerbsverhältnissen hat er u. a. zur Lage der Working poor in der Schweiz, zum New Public Management als neoliberalen Angriff auf die öffentlichen Dienste und Transformationen der Arbeitswelt gearbeitet.

kär, denn wer von Lohnarbeit lebt, hat schon immer damit rechnen müssen, dass das Arbeitsverhältnis aufgelöst werden kann, oder dass es für ein Leben in Würde nicht ausreicht. Dass seit rund einem Jahrzehnt wieder vermehrt von Prekarität die Rede ist, hängt damit zusammen, dass die sozialen Garantien, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Absicherung der Lohnarbeit beigetragen hatten, nach und nach wieder abgebaut worden sind. Es darf auch nicht vergessen werden, dass weite Teile der Erwerbsarbeit, insbesondere von Frauen und Migrantinnen, immer vom Modell des männlichen „Normalarbeitsverhältnisses“ ausgeschlossen blieben. Um das Neue an der Prekarität erfassen zu können, muss also von den politischen und ökonomischen Dynamiken gesprochen werden, die die Lohnarbeit wieder enger an kurzfristige unternehmerische Marktrisiken koppeln. Damit wird individualisiert, was früher als spezifisches kollektives Risiko erkannt worden war: Nämlich, dass die Arbeitskraft eine besondere Ware ist, die an den Menschen als natürliches und soziales Wesen gebunden ist und von daher auch besonderen Schutzes bedarf.



Zunehmende Konkurrenzkämpfe werden die am schlechtesten Ausgebildeten weiter an den Rand drängen.

Konkreter Gegenstand ihrer Analyse ist der Schweizer Arbeitsmarkt. Entgegen den offiziellen Statistiken zeigen Sie auf, dass Beschäftigungszuwächse fast ausschließlich im Bereich prekärer Arbeit statt finden.

Internationale Studien beziffern den Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse je nach Land auf 10 bis 35 Prozent aller Erwerbsverhältnisse. Auch in der Schweiz sind die zwei vergangenen Jahrzehnte nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorbeigezogen. Ein Teil der Beschäftigungszuwächse hat zwar im hoch qualifizierten Bereich stattgefunden, aber insgesamt sind die Kerne „normaler“ Vollzeitbeschäftigung geschrumpft. Ihnen steht heute eine beträchtliche Anzahl von TemporärarbeiterInnen, Beschäftigten auf Abruf oder Scheinselbständigen gegenüber, die in den letzten Jahren zum Teil exponentiell gewachsen ist. Allerdings schlägt sich Prekari-

sierung nur zu einem Teil in den Statistiken nieder. Beschäftigungsverhältnisse werden grundsätzlich wieder unsicherer und zwar nicht nur in den Randlagen des Arbeitsmarktes.

Sie unterscheiden verschiedene Teilarbeitsmärkte als ein wichtiges Merkmal der Prekarisierung. Stehen den homogenisierenden Tendenzen zur Prekarisierung massive Segmentierungs- und Fragmentierungsprozesse gegenüber?

Prekarisierung hat viele Ursachen. Erstens unterscheiden sich die Strategien der UnternehmerInnen, Qualifikationen zu verwerten und Arbeitskraftpotentiale zu nutzen, je nach Teilarbeitsmarkt. Betriebliche Flexibilisierungsstrategien können etwa in den exportorientierten Branchen dazu benutzt werden, um kurzfristig auf Auftragsschwankungen zu reagieren. In gewerkschaftlich

stark durchdrungenen Sektoren wie dem Baugewerbe werden sie eher zur Erprobung eines zukünftigen Mitarbeiters eingesetzt. In noch anderen Fällen dienen sie der reinen Kostensenkung, etwa in den gering qualifizierten Branchen des Dienstleistungssektors. Zweitens hat sich auch der Staat in den letzten Jahren wieder vermehrt in die Erwerbssphäre eingeschaltet. Denken Sie etwa an die bildungspolitischen Entwicklungen, welche den Laufbahnstart für viele Arbeitsmarktneulinge erheblich destrukturiert hat. Oder an die so genannte „Aktivierungspolitik“ in der Sozial- und Arbeitslosenpolitik, welche generell die Wiedereintrittsbedingungen in den Arbeitsmarkt nach unten korrigiert. Drittens haben sich mit der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit und den Änderungen der Aufenthaltsvergabepraxis für eingewanderte Arbeitskräfte auch die Konkurrenzverhältnisse gering qualifizierter Erwerbsgrup-

pen in prekären Arbeitsmärkten verschärft. Das Resultat ist ein hoch segmentierter Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig wollen Sie die klassentheoretischen blinden Flecken in der qualitativen Prekarisierungsforschung überwinden. Glauben Sie, dass die Schärfung des Begriffs der Prekarisierung zum Verständnis alter und neuer Unsicherheiten kapitalistischer Vergesellschaftung beitragen kann?

Das Phänomen der Prekarisierung wird in der Regel auf einzelne Erwerbsverhältnisse zurückgeführt. In diesem Zusammenhang machte vor einigen Jahren die Idee die Runde, dass mit dem Prekariat ein neues Proletariat entstehen würde. Oder Prekarisierung wird auf einen Generaltrend reduziert, durch den alle unaufhaltsam auf eine schiefe Ebene geraten. Beide Thesen führen meiner Meinung dazu, die Auswirkungen der Prekarisierung auf die soziale Ungleichheitsstruktur zu banalisieren. Denn es ist genauso verkürzt, prekär Beschäftigte auf eine abgrenzbare Population von Marginalisierten zu reduzieren, wie zu behaupten, dass heute niemand mehr in Sicherheit ist. Entscheidend scheint mir, Prekarisierung nicht als einen Prozess von „oben“ zu begreifen, der quasi auf die Betroffenen niedergeht. Vielmehr müssen auch die vielfältigen Anpassungsstrategien und Konkurrenzkämpfe der Beschäftigten in den Blick genommen werden, durch die jene Beschäftigten mit den schlechtesten Ausgangsvoraussetzungen immer mehr an den Rand gedrängt werden. So können sich heute auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise zwei Gruppen gegenüberstehen: ältere, überwiegend männliche Generationen, die lebenslang im Normalarbeitsverhältnis erwerbstätig waren und volle Ansprüche auf die soziale Sicherung erworben hatten. Und bislang ausgeschlossene Beschäftigungsgruppen wie Migranten, Frauen oder jüngere Arbeitnehmer gegenüberstehen, die stabile Erwerbsverhältnisse nur vom Hörensagen kennen und in der prekären Beschäftigung das Versprechen auf neuartige Entwicklungsmöglichkeiten sehen. Das führt zu einer Restrukturierung von sozialen Klassenverhältnissen, aber vor allem auch zu verschärften Positionierungskämpfen.

Sie haben 38 narrative Interviews mit prekär Beschäftigten ausgewertet und eine Typologie erarbeitet. Was wollten Sie herausfinden?

Mir ging es mit einer Typologie verschiedener Formen der Prekarität vor allem darum, aufzuzeigen, dass heute sogar im gleichen Betrieb Beschäftigte zu völlig unterschiedlichen Konditionen nebeneinander arbeiten können. Das stellt insbesondere für gewerkschaftliche Arbeit eine neue Herausforderung dar. Nehmen wir das Beispiel einer Baustelle: Hier streiten heute Grenzgänger und papierlose Einwanderer, Leiharbeiter und Scheinselbständige, entsandte Hilfskräfte und einheimische Fachkräfte um Positionen, die in den letzten Jahren immer prekärer geworden sind. Während die einen ohne Aussicht auf ein sicheres Beschäftigungsverhältnis sind, betrachten andere die prekäre Arbeit als Übergangsphase in eine berufliche Konsolidierung, und akzeptieren die daraus entstehenden Nachteile für eine bestimmte Zeit. Ohne zu vergessen, dass beispielsweise der Einsatz von Temporärarbeitern auch auf gewerkschaftlich gut organisierte Stammebelegschaften zurückwirkt, denn diese sehen, dass ihre Arbeit auch von Personal bewältigt werden kann, das für die Ausübung dieser Tätigkeit Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nimmt, die in der Stammebelegschaft kaum akzeptiert würden. Die daraus entstehenden Interessenlagen und Bewältigungsstrategien sind so unterschiedlich wie die Erwerbsformen und Berufsverläufe selbst. Und doch wäre es verfehlt, aus der Fragmentierung der Arbeitswelt einzig individuelle Positionierungskämpfe abzulesen. Vielmehr wurden in den Interviews auch jene Strategien deutlich, mit denen die Beschäftigten Sicherheit und Stabilität in den eigenen Erwerbsverlauf zu bringen versuchen.

Sie schlagen eine Entprekarisierung vor. Was verstehen Sie darunter? Ein Zurück zu fordristischen Normalarbeitsverhältnissen?

Ja und nein. Gewerkschaftliche Politik muss heute defensiv und offensiv zugleich sein. Nebst gesetzlichen und gesamtarbeitsvertraglichen Maßnahmen zur Sicherung prekärer Erwerbslagen müssen wir in der Lage sein, eine neue, auf die verschiedenen Formen der Prekarität ausgerichtete Partizipationspolitik zu formulieren, mit der dazu beigetragen werden kann, dass prekär Beschäftigte handlungsfähig bleiben. Dazu gehört einerseits der Ausbau der Rechte in jenen Arbeitsmarktsegmenten, die weder durch das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht noch von gesamtarbeitsvertraglichem

Schutz abgesichert sind, also beispielsweise die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, wie es der Schweizerische Gewerkschaftsbund heute fordert, aber auch die Regularisierung von Beschäftigten ohne legalen Aufenthaltsbewilligung oder die Einführung eines Kündigungsschutzes, der diesen Namen auch verdient. Andererseits gilt es, gezielte organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um die Prekären in die Organisationen der ArbeiterInnenschaft einzubinden. Zahlreiche Beispiele belegen, dass spezifische Dienstleistungen und lokale Bündnisse mit sozialen Bewegungen und Selbsthilfeorganisationen beträchtliche Organisationserfolge ermöglichen, die auch erheblich zur Revitalisierung gewerkschaftlicher Strukturen beigetragen haben.

Sie sind auch als Regionalsekretär der Gewerkschaft Unia in Genf tätig und können an der „Revitalisierung gewerkschaftlicher Struktur“ auch praktisch mitwirken. Sind denn kapitalismuskritische Töne im gewerkschaftlichen Alltag möglich?

Sie sind nicht nur möglich, sondern dringend nötig. Ansonsten droht, wie im Herbst in den Genfer Kantonsratswahlen deutlich wurde, das Aufflammen von fremdenfeindlichen oder populistischen Ressentiments gegenüber schwächeren Erwerbsgruppen. Die Gewerkschaften haben die neuen sozialen Folgen und Spaltungen, die mit der Dynamik der Prekarisierung einhergehen, zu lange ignoriert.

Alessandro Pelizzari
Dynamiken der Prekarisierung.
 Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung
 UVK Verlag, 2009,
354 Seiten, 35 Euro





Muezzin-Songcontest in der Türkei. Dem Sieger winkt ein Job in einem prestigeträchtigen Gotteshaus.

VIELSTIMMIGKEIT

Honig zum schmieren

Die Türkei sucht jedes Jahr den Superstar der Muezzins. Ein junger Filmemacher begleitete einige der Kandidaten und fand dabei ganz profane Einblicke in ein Milieu Istanbuls.

TEXT: GUNNAR LANDSGESELL, FOTOS: FILMLADEN

Allein der Filmtitel weckt Emotionen. In der aktuellen öffentlichen Wahrnehmung ist das fast unvermeidlich. Man denke an einen Dokumentarfilm über einen Muezzin in Österreich, er würde schnell zur Pummerin führen. Sebastian Brameshuber leistet sich den Luxus, einfach nur den Menschen hinter der Stimme zu zeigen. Er portraitiert mehrere Muezzins in Istanbul, die an einem landesweiten Wettbewerb teilnehmen. In etwa: Die Türkei sucht den Muezzin-Superstar.

In höchsten Tonlagen

Trotz vieler Schauplätze in und um Moscheen kommt Religion in diesem Film kaum vor. Das dürfte einige ZuseherInnen überraschen.

Der Ausrufer, der die Menschen an das Gebet erinnert, muss kein Geistlicher sein. Er ist Sänger. Er hätte auch Popstar werden können, sagt ein Kandidat. Falls er nicht gewinnt, bleibt die Option immer noch offen. Brameshuber richtet seinen Film zwischen dem sozialen Background der Kandidaten und ihren Vorbereitungsritualen aus. Da gibt es ganz grundsätzlich einiges zu erklären, der Film schafft dort Raum, wo das ideologische Dickicht der Diskussionen diesen nicht zulässt. Mit der Frage, was einen guten Muezzin eigentlich ausmacht, richtet sich der Blick auf jene ganz profanen Dinge, die auch die Kandidaten selbst bewegen. Ihre Sorgen kreisen hauptsächlich um ihre Stimmbänder. Voll muss die Stimme klingen und möglichst

hoch. Trockenes Brot zerbröseln jedes Klangvolumen. Der gewiefte Kandidat lässt einen Löffel Honig die Kehle hinunter rinnen, bevor er zum Gebet ansetzt. Er stimmt sich mit dem Walkman in der Moschee bei der Ausscheidung ein oder versucht, möglichst viel von der sakralen Atmosphäre der Moschee in sich einzusaugen, um seinen Tönen gewissermaßen den richtigen Drive zu geben. Die Strategien für den Sieg sehen unterschiedlich aus. Auch auf Showelemente scheint vertraut zu werden, wenn die Männer vor dem Mikrofon mimisch höchste Konzentration demonstrieren, die Augen schließen, die Handflächen an die Wangen pressen, Finger Richtung Ohren, um nicht allein mit ihren kurzen Chants die Jury zu überzeugen.

Brameshuber stattete seine Inszenierung mit viel Zurückhaltung aus. Ideologische Standpunkte sucht er zu vermeiden. Einige der Beobachtungen, die dieser Film ermöglicht, vermitteln mehr Einblicke als die Interviewpassagen selbst. Allein der Wettbewerb. Sämtliche Beteiligte, vom ehrgeizigen Gesangslehrer Habil Önes, er ist zugleich Vorsteher der stattlichen Valide Sultan Moschee in Istanbul, bis zum Kandidaten, der sich mit seinen Kindern auch auf den winkenden Geldsegen freut, sind weniger auf den Pfaden innerer Erleuchtung als auf denen des erhofften Sieges unterwegs. Hier spielt vielleicht das laizistische Staatsmodell Atatürks hinein, wo das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten über alle diesbezüglichen Aktivitäten wacht. Die ganze Angelegenheit wirkt jedenfalls recht irdisch. Das gilt auch für den Preis, den der Sieger in der Edirne-Moschee, ganz im Westen der Türkei, entgegennimmt. Der Muezzin packt die Geschenke zu Hause stolz vor seiner Familie aus: ein paar Goldmünzen, einen mit Edelmetall verkleideten Koran samt Halterung, eine Satin-Bettwäsche, eine Wanduhr für die Küche, einen Mixer, eine schwarz-türkise Krawatte, einige Bücher, eine Armbanduhr, ein grell gehaltenes Bild der Edirne-Moschee.

Das Sakrale findet kaum Eingang in die Repräsentationsweisen dieses Films. Der Arbeitsplatz, den einer der Muezzins besteigt, zeigt nackte Stahlbetonwände. Von den tausenden Moscheen der Stadt entsprechen

nur die wenigsten der Vorstellung reich geschmückten Orients. Oftmals kommt der Gesang aber einfach auch aus dem Lautsprecher, eingespielt von anderswo. Die Moscheen der Kandidaten stehen in Vororten zwischen Plattenbauten oder auch an unruhigen Verkehrsknoten. Ein Muezzin kann zugleich auch Imam, also Moschee-Vorsteher (und dennoch kein Geistlicher) sein, der zum Beispiel einen schwarzen Anzug trägt und damit die Stiegen vor dem Gottesbau reinigt. Autorität, wie sie Christen dem Pfarrer als exklusiver Mittler zu Gott zusprechen, ist hier nicht zu

Ein Muezzin muss kein Geistlicher sein. Was er braucht, ist eine gute Stimme.

finden. Der Muezzin ist vor allem einer, den Gott mit einer schönen Stimme ausgestattet hat. Erfolg ist für ihn, wenn er so viele Gläubige wie möglich in die Moschee locken kann. In dieser Erzählung wird so verständlich, dass die Attraktivität des eigenen Betriebs gerne übertrieben wird. In einer Szene nutzt ein Moschee-Mitarbeiter in einem der Außenbezirke Istanbuls die Präsenz der Kamera, um zu betonen, wie beliebt man hier sei. Der Sprecher eines angrenzenden Bezirks hätte sogar verlangt, die Lautsprecher des Minarets stärker in diese Richtung zu drehen. Sein Kollege stört unerwartet, wenn er anfügt, dass viele Anrainer sich auch beschweren würden.

Ja, aber nur über die Lautstärke, erwidert der andere pikiert. Kulturkämpfe entpuppen sich hier als schlichte soziale Konflikte.

Zuhause beim Muezzin

Frauen kochen, das Oberhaupt sitzt beim Tisch und wartet. Ein bekanntes Bild, auch wenn es hier keine Brennesselsuppe gibt. Die Tochter des Muezzin-Gesangslehrers und Imams Habil Önes erzählt, dass sie die Aufnahmeprüfung für das Konservatorium der Marmara Universität geschafft habe. Der Vater hätte ihr das Studium aber verboten, Gesang professionell auszuüben sei eine Sünde. Auch, dass sie mit der Ausbildung Musiklehrerin an der Schule werden könnte, habe er ihr verweigert. Die sozialen Hintergründe erweisen sich bei Brameshubers Vorbetern als konservativ-nationalistische Mischung. Ein anderer, der offenbar eine Gruppe von Buben beim Fußball trainiert, fragt einen der Jungen, warum er ein Trikot mit einem ausländischen Namen trage. Die Bewahrung von Tradition und die Verteidigung des Vaterlandes finden in „Muezzin“ zu einer fast logischen Verbindung. Brameshuber lässt sie durchscheinen, ohne die Dynamiken des Wettbewerbs aus den Augen zu verlieren. Der junge Oberösterreicher versucht keine Brückenschläge der Kulturen, keine Sympathieoffensiven für seine Protagonisten, er stellt deren patriarchale Haltungen aber auch nicht aus. Die Pummerin, die stillste Glocke Österreichs, sollen andere schlagen.



Aus allen Landesteilen der Türkei machen sich Vorbeter zum Contest auf.

„Konzerne müssen sich an meine Checkliste halten.“

MENSCHENRECHTE

Nützlicher Idiot? Die Gefahr besteht immer.

Walter Suntinger glaubt, dass das Ölgeschäft in Staaten wie Libyen oder dem Sudan menschenrechtskonform ablaufen kann. Seit sieben Jahren berät er die OMV, um das Unternehmen vor Mittäterschaft zu bewahren.

INTERVIEW: EVA BACHINGER, BILDER: KARIN WASNER

Herr Suntinger, Sie beraten seit sieben Jahren die OMV in Menschenrechtsfragen. Wie kommt man zu so einem Job?

Als die OMV 2003 wegen ihres Engagements im Sudan unter Kritik stand, bat der Konzern Amnesty International um menschenrechtliche Beratung. Amnesty wollte aber unabhängig bleiben, also haben sie mich als externen Berater empfohlen. Zuerst habe ich mit der OMV menschenrechtliche Richtlinien für Sicherheitskräfte ausgearbeitet. Zudem haben wir Standards entwickelt, wie man in der Lieferantenkette die Einhaltung von Menschenrechten überprüfen kann.

Wer kontrolliert, ob sich die OMV an die Richtlinien hält?

Das machen externe Firmen, die allerdings von der OMV bezahlt werden. Natürlich wäre es ideal, wir hätten eine UNO mit genügend Geld und Kontrollgremien. Aber davon sind wir weit entfernt. Kritiker bezeichnen den freiwilligen Charakter von Corporate Social Responsibility (CSR, Verpflichtung von Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung, Anm.) als Feigenblatt. Sie fordern verbindliche rechtliche Regeln für Firmen. So kann man es natürlich auch sehen. Ich weiß nur nicht, was derzeit die Alternative zu CSR ist.

Verbindliche Rechtsnormen machen doch deutlich mehr Druck.

Zu Menschenrechtsverletzungen kann es trotz verbindlicher internationaler Rechtsnormen kommen. Ich weiß das aus meiner

Trainingsarbeit für Staatsanwälte und NGOs in Brasilien. Sämtliche Verträge wurden ratifiziert, aber in den Gefängnissen kommt es systematisch zu Verstößen. Etwa, wenn 200 Menschen auf 120 Quadratmeter inhaftiert sind – ohne Dach über dem Kopf. Recht ist Teil eines Machtkampfes, aber kein Allheilmittel. Die Umsetzung von Recht braucht Bewusstseinsarbeit, medialen und moralischen Druck. Das geht nur schrittweise. Natürlich läuft man immer Gefahr nützlicher Idiot zu sein, aber man kann auch etwas bewirken. Ich habe zum Beispiel mit der OMV eine Checkliste ausgearbeitet, die berücksichtigt werden muss, bevor das Unternehmen in einem Land aktiv wird. Der Check soll verhindern, mitschuldig zu werden.

Ist in Ländern wie Pakistan oder Libyen, wo Verstöße alltäglich sind, Schuld nicht unumgänglich?

Dort nur aktiv zu sein bedeutet allein noch keine Mittäterschaft. Die ist gegeben, wenn man einen substanziellen Beitrag zu massiven Menschenrechtsverletzungen liefert. Im Sudan war der Kooperationspartner der OMV, eine kanadische Firma, mit dem Vorwurf konfrontiert, dass von ihren Flugfeldern die Armee Angriffe gegen Dörfer geflogen hat. Das war eine Mittäterschaft. Oder in Burma, wo eine kalifornische Ölfirma mit dem Militär einen Vertrag abschloss, wonach an einer Pipelinecke ansässige Menschen vertrieben werden sollten, auch unter Morddrohungen. Wenn eine Firma dazu beiträgt

und davon weiß, ist das Mittäterschaft.

Viel läuft verdeckt. Ein Konzern muss sich mit einem Regime auch gut stellen.

Es ist immer die Frage, wie man zu Informationen darüber kommt. Ich bin natürlich vor Ort nicht mehr dabei. Das bleibt eine Schwierigkeit.

War beim umstrittenen Ilisu-Staudamm-Projekt der Befund von Amnesty für die Firmen überzeugender als die Kritik von Umweltschützern?

Er war sicherlich wesentlich. Denn, dass durch den Bau nötige Umsiedlungen keinesfalls menschenrechtskonform stattfinden würden, haben die Firmen und Banken nicht bedacht. Die moralische Stärke der Menschenrechte konnten wir hier gut nutzen: Die Kontrollbank hat externe Experten mit der Prüfung beauftragt und ist ausgestiegen.

In diesem Fall agierte Amnesty unabhängig. Wenn Sie aber für einen Konzern als bezahlter Berater arbeiten, sind Sie doch von diesem abhängig?

Ja, das ist die große Herausforderung dabei. Ich muss mir meiner eigenen Rolle immer bewusst sein, denn das Umfeld, in dem man sich bewegt, prägt die Sicht. Deshalb versuche ich meine Rolle systematisch zu reflektieren, auch in Supervision.

Schmückt sich die OMV nicht auch aus Imagegründen mit Ihnen, so wie mit





Wir fahren alle mit dem Auto, wir sind alle Teil des Systems.

Sportlern?

Diese Gefahr besteht immer, keine Frage. Sie versucht, über PR-Maßnahmen ihren guten Ruf zu schützen, und engagiert uns nicht aus rein moralischen Gründen. Es wäre naiv, das nicht zu sehen. Aber ich glaube, dass unsere Standards in die Unternehmenspolitik einfließen und zu einer Entwicklung beitragen. Seit 2006 haben wir als ein Team aus MenschenrechtsberaterInnen unter der Leitung von Manfred Nowak mit der OMV eine menschenrechtliche Gesamtstrategie ausgearbeitet. Unsere Beratung zeigt in einzelnen Bereichen positive Effekte, etwa beim Umgang mit lokalen Communities. Konkret im Jemen: Die OMV muss darauf achten, dass halbnomadische Bevölkerung nicht vertrieben wird, dass es bildungspolitische und medizinische Förderprogramme gibt.

Es ist also möglich, dass das Ölgeschäft menschenrechtskonform abläuft?

Eine schwierige Frage, aber das glaube ich, ja. Hätte ich das Gefühl, es wäre insgesamt menschenrechtsverletzend, könnte ich diese Tätigkeit nicht machen. Wir fahren alle mit dem Auto, wir sind Teil des Systems. Die Einhaltung der Menschenrechte muss im Rahmen wirtschaftlichen Handelns möglich sein. Es ist natürlich immer ein Ansatz, der mit dem System lebt. Wir gehen ja nicht der Frage nach, wie die Bevölkerung ärmerer Länder durch Ölförderung ausgebeutet wird. In diesem Sinn ist der Ansatz unvollkommen.

Wenn durch Ölförderung Wasser verschmutzt wird, verletzt der Konzern das Recht auf sauberes Trinkwasser. Sollte Sie das nicht auch interessieren?

Ja, aber ökologische Auswirkungen waren nicht Teil unserer Beratung, genau so wenig wie die Arbeitssicherheit. Man ist als Berater dort, wo man gefragt wird. Der Auftrag-

geber bestimmt. Aber die Prüfung von ökologischen Folgen hat ohnehin eine längere Tradition als die Prüfung sozialer Folgen.

Steht man als Berater der Firma bald wohlwollender gegenüber, weil es persönliche Kontakte gibt?

Dieser Aspekt beschäftigt mich sehr. Es ist ganz ähnlich wie bei der Menschenrechtsberatung für die Polizei. Von außen hatte ich natürlich das Bild eines monolithischen Blocks, aber dann im System sehe ich, dass es sehr vielschichtig ist. Es gibt engagierte und ablehnende Mitarbeiter, interne Kämpfe, wie überall. Nur verstehe ich sie besser, nehme sie als Personen wahr, weiß besser, wie das System

„Ein OMV-Mitarbeiter sagte einmal zu mir: Warum haben wir das nicht auf der Wirtschaftsuniversität gelernt?“

funktioniert. Zugleich trübt weniger Distanz den kritischen Blick. Die einzige Form gut damit umzugehen, ist, sich dessen bewusst zu sein. Niemand ist frei von bestimmten Bildern. Gerade im NGO-Bereich gibt es auch viele Vorurteile gegenüber der Polizei. Das sind genauso Generalisierungen, wie es NGOs für andere Gruppen ablehnen. Diese Kernfrage müssen sich also alle stellen, gerade auch jene, die glauben, sie seien besonders gut.

Was müsste vorgefallen, damit Sie sich gezwungen sehen, ihre Tätigkeit zurückzulegen? Menschenrechtsverletzungen passieren bei der Polizei doch auch immer wieder.

Schwierige Frage. Inakzeptabel wäre, wenn sich zum Beispiel die OMV an Verstößen mitschuldig macht. Auch wenn meine Arbeit dafür missbraucht würde, menschen-

ZUR PERSON

Walter Suntinger

Der Jurist Walter Suntinger berät seit 2003 die OMV in Menschenrechtsfragen. Er engagiert sich bei Amnesty International, ist Mitglied im Menschenrechtsbeirat Österreich und hält Trainings für PolizistInnen im Bereich Menschenrechte und Antidiskriminierung ab.

rechtswidrige Zustände zu rechtfertigen.

Wie kann man in diesen Systemen Augen und Ohren für Menschenrechte öffnen?

Als Berater bin ich letztlich Bewusstseinsarbeiter. Ich gehe mit der Menschenrechtsbrille in das System hinein, und versuche damit, neue Perspektiven auf typische Tätigkeiten innerhalb der Bereiche zu ermöglichen. Milton Friedman meinte, soziale Verantwortung von Unternehmen ist Profit. Ich sage, nein, das ist es nicht. Soziale Verantwortung ist die Art und Weise, wie sich Handlungen auf Menschenrechte auswirken. Ein OMV-Mitarbeiter sagte einmal zu mir, warum haben wir das nicht auf der Wirtschaftsuniversität gelernt? Menschenrechtsberatung ist auch im Lichte des sogenannten Mainstreaming von Menschenrechten zu sehen. Das heißt: Menschenrechte sind überall anwendbar, als Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens. Es ist daher sehr sinnvoll, alle sich öffnende Räume zu betreten.

Welchen Sprachstil verwenden Sie, damit Sie wirklich verstanden werden?

Möglichst nicht konfrontativ. Auf der einen Seite haben wir Unternehmen, auf der anderen NGOs, es gibt Konfrontation. Ich stehe dazwischen und versuche zu verstehen und verständlich zu machen. Wenn man nur angegriffen wird, kann man Argumente nicht gut verstehen, sondern nur reagieren, und man bleibt in der Defensive.

Ist frontale Kritik nicht auch wichtig, damit sich überhaupt etwas bewegt?

Sicher, ich bin zufrieden damit, dass es klare Positionen von Kritikern gibt. Aber um Veränderungen zu erreichen, braucht es immer beides.



BürgerInnen gegen Abschiebung

Beherztes Eingreifen verhinderte die Abschiebung eines Asylsuchenden vorübergehend. Dem Mann droht Verfolgung wegen seiner sexuellen Orientierung.

ASSISTENZEINSATZ

Tirol: Neue Rechtsberatung für Asylsuchende

Seit den Budgetkürzungen in u.a. Wien, Salzburg und Tirol 2008 musste auch die Hilfe für Asylwerbende zurückgefahren werden. Mit der jüngsten Tiroler Initiative hofft Christoph Riedl, Leiter des Diakonie Flüchtlingsdienstes, Menschen auf der Flucht wieder besser helfen zu können. „Asylsuchende können sich ohne fremde Hilfe in den komplizierten Asylverfahren nicht zurecht finden.“ Die Rechtsberatung in Innsbruck, Ende letzten Jahres eingerichtet, berät mittlerweile 50 Menschen in den komplexen

rechtlichen Fragen. Zwei Personen können geringfügig beschäftigt werden, insgesamt stellen 30 freiwillige MitarbeiterInnen ihre Zeit und Kompetenzen zur Verfügung. Für die Räume hat die evangelische Kirche gesorgt. „Keiner, der Hilfe braucht, ist vom diakonischen Wirken der Kirche auszuschließen“, erklärt Luise Müller, die Superintendentin von Tirol und Salzburg. Dass Hilfe für Hilfesuchende immer wieder von privaten Initiativen geleistet wird, weil sie von staatlicher Seite nicht angeboten wird,

hält Riedl für problematisch. „Rechtsberatung für Asylsuchende sollte vom Staat Österreich als Grundlage angeboten werden. Österreich übernimmt diese Verantwortung aber nicht und überlässt die Gewährung dieser grundlegenden und absolut notwendigen Beratung der Motivation Ehrenamtlicher. Das ist insofern bedenklich, als Menschen in unserem demokratischen Rechtsstaat Österreich der Zugang zum Recht und zu menschenrechtlicher Unterstützung verwehrt wird“, so Christoph Riedl.

Antirassismus: ENARA neu konstituiert

Pascal Ndabalanze ist zum neuen Vorsitzenden des European Network Against Racism Austria (ENARA) gewählt worden. Der Journalist, 1971 in Ruanda geboren, wirkte seit 1992 in diversen antirassistischen Initiativen in Österreich mit. ENARA ist der österreichische Ableger des europäischen Netzwerks ENAR.

Ehe ohne Grenzen mit neuem Webauftritt

Die Initiative Ehe ohne Grenzen hat einen neuen Webauftritt. www.ehe-ohne-grenzen.at wurde mit Unterstützung von Goldfisch.at erstellt, zugleich Betreiber der EDV von SOS Mitmensch. Die Site bietet Infos über die Situation von binationalen Paaren und auch eine Unterstützungsmöglichkeit. *phs*

Parade: Unter dem Regenbogen

Am 3. Juli wird das wichtigste Event der Lesben-Schwulen- und Transgenderbewegung zum 15. Mal auf Wiens Straßen stattfinden. Das Motto „We are family!“ fordert ein Ende der Diskriminierung durch die österreichische Familienpolitik. Start der Regenbogenparade um den Ring ist der Stadtpark.



Regenbogenparade

NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

ERST VERLEGEN, DANN ABSCHIEBEN

Die Behörden haben sich angewöhnt, bevor sie die Leute abschieben, sie noch schnell woanders hin zu verlegen. Damit nicht solche Aufstände in den Dörfern entstehen, wie zuletzt. Wenn sie von Kleinkleckersdorf nach Kleinklickersdorf verlegt und dann drei Tage später abgeschoben werden, kräht kein Hahn danach. Aber wenn sie dort schon eine Weile gewohnt haben, dann wird's ein Problem. Weil die Leute dort verwurzelt sind, und die Bewohner es bemerken, wenn die wegkommen sollen. Dann sind's eben nicht mehr nur irgendwelche Asylwerber, sondern Menschen. Dann ist es auch nicht mehr wurscht, ob die plötzlich einfach verschwinden. Es gab ja die Geschichten in Vorarlberg und zuletzt in Niederösterreich. Dort haben sie in Muthmansdorf eine Unterschriftenaktion (www.fussballverbindet.org, Anm.) gegen die Abschiebung einer Familie in den Kosovo gestartet. Aber es hat in dem Fall leider nichts genützt, sie haben die Familie trotzdem abgeschoben. Damit so ein Widerstand gar nicht erst entsteht, wird jetzt eben kurz vor der Abschiebung verlegt. Das erscheint mir eine neue Qualität.

KLEINE NADELSTICHE

Die Leute werden auch psychisch hergerichtet. Ich hab' eine Familie aus Tschetschenien hier gehabt, die nach Graz verlegt werden sollte. Die Mutter war zuvor im Spital im

SMZ-Ost zur Behandlung, weil sie verrückt ist. Ihr Mann ist zuckerkrank und ihre Tochter auch schwer traumatisiert von den Bombenangriffen im Tschetschenienkrieg. Sie war am Rosenhügel untergebracht und als sie zu uns kam, hat sie zu mir gesagt: „Wir sind aus Tschetschenien weg, weil da Krieg ist, aber hier ist ja auch Krieg.“ Halt auf eine andere Art. Man muss sich täglich sorgen, ob und wo man ein Dach über den Kopf bekommt. Das haben sie dann von mir bekommen, essen müssen die Leute ja auch was. Ich bin dann immer froh, wenn jemand in die Grundversorgung kommt, weil dann ist er krankenversichert. Und ich verstehe nicht, warum man diese Familie nicht dort lässt und ihnen die Grundversorgung belässt. Nein, immer kommt irgendeine Schikane daher. Sie werden verlegt oder bekommen plötzlich keine medizinische Versorgung mehr. Und dann kommen sie doch wieder in die Grundversorgung, obwohl sich gar nichts geändert hat. Diese kleinen Nadelstiche zermürben die Leute.

RETTUNG NUR GEGEN BARES

Der Herr Krepler (ärztlicher Direktor des AKH, Anm.) hat zu mir gesagt hat: Von den Kosten für eine Spitalsbehandlung deckt die Krankenkasse eh nur 20 Prozent ab, den Rest trägt der Staat. Aber würd' es jemand umbringen, wenn der Staat die 20 Prozent auch noch übernimmt? Ich hab mich nämlich bei ihm beschwert. Ich habe eine rumänische Familie,

die hier subsidiären Schutz hat. Die Frau hat angefangen zu arbeiten und war damit versichert. Ihr Bub hat sich vor kurzem in der Schule die Schulter ausgerenkt. Im AKH hieß es dann, die Behandlung kostet 250 Euro, weil er nicht versichert sei. Und wenigstens was gegen die Schmerzen, hat er dann gefragt. Ja, wenn du versichert bist, hieß es. Das Problem war, dass die Krankenversicherung über die Sozialhilfe eine andere ist, wie wenn er bei der Mutter mitversichert ist. Das hätte man umstellen müssen, das ist aber daran gescheitert, dass der Junge keine Geburtsurkunde vorlegen konnte. Ich habe ihm dann die 250 Euro gegeben, damit das erstmal behandelt wird, ihm aber gesagt, er soll sich eine Bestätigung geben lassen. Herr Krepler hat zu mir gesagt, er versteht das nicht und wollte wissen, warum sich der Bub nicht beschwert hat. Aber nicht einmal ich wäre auf die Idee gekommen, dass man sich da beschweren kann. Ich sag: Ich glaub', das ist Linie, die Ausländer nicht zu behandeln. Nein, überhaupt nicht, versichert er mir. Er hat mir seine Karte gegeben und gesagt, ich solle mich melden, wenn sowas passiert. Sowas kann und darf es nicht geben. Er behandelt jeden, egal ob In- oder Ausländer. Nur: Wie komm' ich dann zu der Bestätigung über die 250 Euro, wenn es das gar nicht geben soll?

Spenden: Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99; Bankleitzahl 57000

BUCH



Wider die Armut

Ein Begriff, den man in einer Publikation über Armut wohl am wenigsten erwarten würde, zieht sich durch das ganze Buch: das „gute Leben“. Die AutorInnen formulieren ein gutes Leben für alle gewissermaßen als Perspektive und Ziel ihrer Analyse. Das ist deshalb interessant, weil Martin Schenk und Michaela Moser damit keine utopischen Forderungen aufstellen, sondern recht nüchtern auf die Verteilungsfrage hinweisen. „Es reicht! Für alle!“ erzählt davon, dass, selbst in Zeiten einer großen Finanzkrise, mehr Geld denn je im Umlauf ist. Die Frage sei nur, wie diese Mittel aufgeteilt würden. Wie eklatant ungleich Vermögenswerte in Österreich verteilt sind, belegen einige Zahlen: 20 Prozent der Menschen mit den niedrigsten Einkommen verdienen nur zwei Prozent der gesamten Löhne, während den einkommensstärksten 20 Prozent fast 50 Prozent des Lohnkuchens gehört. Statistisches Material wie dieses wäre für Polemiken ein idealer Nährboden. Alles fleißig erarbeitet? Aber die beiden SozialexpertInnen interessiert es konkreter: Sie versuchen in ihrem Buch, Armut gesellschaftlich und beispielhaft möglichst genau zu ver-

orten, zugleich eine Begriffspräzision, mit der relative Armut von gängigen Armutsvorstellungen (Die AutorInnen zitieren etwa das Bild des afrikanischen Kindes in einer Pappschachtel auf der Straße) abgegrenzt wird, vorzunehmen. Armut äußere sich, so Schenk/Moser nicht allein als Mangel des Materiellen, sondern auch von Anerkennung, Teilhabe oder Selbstwert. Die Armutsfelder, entstanden durch staatliche Defizite, sind vielfältig: die Pflegelücke, arm trotz Arbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse von Frauen, die prekäre Situation von MigrantInnen. Ausgehend von der Verteilungsfrage versuchen die AutorInnen die Probleme ganz grundsätzlich weiterzudenken. Wie ließe sich mit sozial gerechter verteilten Mitteln in die Zukunft investieren? Die Ansätze sind vielfältig: sie reichen von einem Bildungssystem mit sozialer Durchlässigkeit über ein progressives Steuersystem bis zu einer Mindestsicherung und dem Ende eines entfesselten Immobilienmarktes. *gun*

Martin Schenk, Michaela Moser
Es reicht! Für alle!
Wege aus der Armut
 Deuticke Verlag,
240 Seiten, 20,50 Eur

POPULÄRKULTUR



Petja Dimitrova

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Petja Dimitrova ist Bildende Künstlerin, politische Aktivistin und Illustratorin von MO.

5 Dinge, auf die wir im neuen Jahrzehnt gerne verzichten:

- 1 Links-liberale weiße Typen und Typinnen, die sich nach einiger Zeit als (stock)-konservativ herausstellen
- 2 Die Erkenntnis, dass davon ziemlich viele herumlaufen, auch unter den lieben Freunden. Also wie tun?
- 3 Die fehlende Streit- und Streikkultur in Ösi-Land
- 4 Die Normalität des Rassismus
- 5 Die Militarisierung und der Protektionismus der Grenzen (Europas) und daraus folgende Erniedrigung, Ausbeutung und Tod

5 Dinge, die ich im nächsten Jahrzehnt keinesfalls missen möchte:

- 1 Das Besetzen von Unis, Fabriken und Häusern (durch politisch-kritische Menschen)
- 2 Spontane Demos gegen Illegalisierung, Staatsgewalt und Präkarisierung (besonders in Österreich aber auch überall)
- 3 Dass es doch Menschen gibt, die Antirassismus, Antisexismus, Homophobie und Anti-Antisemitismus zusammendenken und zu bekämpfen versuchen
- 4 Großzügigkeit und Gemeinschaftliches
- 5 Das Meer

Und sonst?

Möglichst viel „nerven“ durch kritisches Hinterfragen und Tun

POPULÄRKULTUR

SWS STUDIENBAND



Österreich-Check

Fremdenfeindlichkeit – Eine aktuelle Bestandsaufnahme lautet das Thema der aktuellen SWS-Rundschau. Die Zeitschrift der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft unterzieht vor allem bereits abgesteckte Gebiete einer Bestandsaufnahme: Die Beiträge gehen der Frage nach, wie ÖsterreicherInnen zu „Fremden“ stehen; Ruth Wodak fragt „Wer oder was ist „fremd“; die Situation von Second und

Third Generations der „GastarbeiterInnen“ wird beleuchtet; ZARA blickt auf zehn Jahre antirassistische Arbeit zurück. Die Ausgabe erhebt schließlich auch den Anspruch, mögliche Gegenstrategien aufzuzeigen. In der Bildstatistik im Mittelteil des Heftes werden u.a. ÖsterreicherInnen befragt, wie das Zusammenleben mit MigrantInnen funktioniere. „Funktioniert teilweise“, sagt fast die

Hälfte, knapp ein Drittel glaubt „ganz schlecht“. Das daran anschließende Kapitel untersucht die Erlebnis- und Bedrohungszusammenhänge, wie sie Zugewanderte in Österreich erleben. Das Ergebnis, in seiner Tendenz wenig überraschend: Fremdenfeindliche Erlebnisse stellen auch im Jahr 2010 eine erhebliche Belastung im Leben von MigrantInnen dar. *red*




Karin Hauser / Mario Rott

Stella träumt vom Schnorcheln auf den Galapagos Inseln, vom Trekking in Westtibet, von Mountainbiketouren am Kap der Guten Hoffnung und vom Kitesurfen auf dem Baikalsee. Toni mag die Bauernblumenrabatte im Augarten, den Geruch der Umkleidekabinen im Gänsehäufel und das Surren der Gelsen in der Lobau. Am Ende einigen sich beide auf Wildzelten im Kamptal und je eine neue Sonnenbrille.

Brillen.manufaktur[®]
Nikolaus Hauser
 Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

BUCH



Boom-Industrie

In den USA sind die (Privat-) Gefängnisse zum drittgrößten Arbeitgeber gewachsen. Die gewaltige Gefängnisindustrie beschreibt der Soziologe Loic Wacquant in einem Buch, dessen Fallbeispiele teils nur schwer zu glauben sind. Gefängnisschiffe mit Miniaturzellen, Wüstengefängnisse in Arizona, überall wird versucht, für die wuchernden Häftlingszahlen neuen Raum und diese

zugleich aus dem Blick der Öffentlichkeit zu schaffen. Wacquants These, dass der sich zurückziehende Sozialstaat sich zu einem strafenden Kontrollstaat unter neoliberalen Vorzeichen pervertiert habe, untermauert der Autor eindrucksvoll durch seine Fülle an Beobachtungen und Argumentationen. Sicherheitsdiskurse und die Lösung sozialer Probleme durch das Verschwindenlassen des Proletariats gehen dabei Hand in Hand. Mag sein, dass der jüngst von US-Präsident Obama verkündete Schwenk in der Drogenpolitik auch aus dieser Boom-Ökonomie erklärbar ist. Denn, wie Wacquant vorrechnet, diese Strategie produziert enorme Kosten.

Loic Wacquant
Bestrafen der Armen
 Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit
 Verlag Barbara Budrich, **359 Seiten, 29,90 Euro**

POPULÄRGESEHEN

Das neue „wir“

„Mir san ned nur mir.“ Unter diesem Titel singt und tanzt es sich jedes Neujahr im Wiener Volkstheater. Wir sind nicht nur wir. Stimmt. Aber wer sind „wir“? Und wer wird „wir“?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

Zum Beispiel beim Lichtermeer waren „wir“ das „anständige“ und „andere Österreich“, die Anderen hingegen die unanständigen. Die Anderen waren aber auch die Zugewanderten, die ImmigrantInnen. Wir machen uns stark, lautet nun der Aufruf für eine Willenskundgebung im September am Heldenplatz. Das ist ein neues „wir“. Wir sind alle, die sich stark machen für mehr Bildung, für Investitionen in die Zukunft, für bessere Vereinbarungen zwischen uns.

„Wir sind viele“, singt die Band Tocotronic, „jeder Einzelne von uns. Wir sind viele. Jeder geheime Wunsch.“

Das sehnsuchtsvolle „wir“ ist bedeutsam. Es ist mächtig, handlungsleitend, identitätsstiftend und ungebrochen gefährlich. Aus der Entwicklungspsychologie ist bekannt, dass dieses Grundgefühl des „wir“ mit Eindrücken, Gefühlen, Bildern und Erfahrungen der Kindheit verbunden ist. Das sind die schönen und warmen Gefühle, die bei bestimmter Musik, einem Geruch, einer Landschaft, einer Gasse aufsteigen. Das geht mit dem Erwachsenwerden verloren, muss sich wandeln beim Großwerden, muss mit anderen Erfahrungen und Widersprüchen integriert werden zu einer reifen Persönlichkeit. Das Versprechen, dieses Reine, Ungebrochene, Homogene zurückzuholen, ist das starke Instrument des autoritären, paternalistischen und totalitären Anrufs. Denn klar ist: Das wird nichts auf Erden mit dem Himmelreich, außer um den Preis der Verwandlung von wachen BürgerInnen in unmündige UntertanInnen. Die Sehnsucht aber bleibt. Es ist die Sehnsucht nach dem „guten Leben“, zu dem die materiellen Grundbedürfnisse genauso gehören wie tragfähige Beziehungen, Freundschaften, Anerkennung oder Selbstwirksamkeit. Die Philosophin Martha Nussbaum und der Ökonom Amartya Sen haben das in ihrem Fähigkeiten-Ansatz überzeugend herausge-

arbeitet. Und diese Sehnsucht ist auch anders anrufbar. Bruce Springsteen zum Beispiel singt von *social underdogs*, Clandestinos, MigrantInnen alle welche von „uns“. Sie erzählen uns etwas von uns. Sie sind keine immerwährenden Opfer, sondern Akteurinnen, die etwas für uns alle zu sagen haben, also etwas zum „wir“ beitragen. Teil des „wir“, von dem wir lernen. Was uns stark macht. Und wofür wir uns stark machen können.

„Wir sind viele“, meinen Tocotronic. „Wer ich sagt, hat noch nichts gesagt. Zehntausend Dinge auf einmal.“



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

Altes Hallenbad, Feldkirch Reichenfeld, A

POOLBARFESTIVAL

02 JUL - 22 AUG

Musik und Kultur von Nischen bis Pop

**BROKEN SOCIAL SCENE, JULIETTE LEWIS
FELIX DA HOUSECAT, FLOGGING MOLLY
ERISTOFF TRACKS: MOONBOOTICA, ARCHIVE
NADA SURF, BAD RELIGION, THE HEAVY
WIR SIND HELDEN, CARL CRAIG
MONSTER MAGNET, SHOUT OUT LOUDS
THE VERY BEST, PORTUGALTHE MAN**

DIE GOLDENEN ZITRONEN, EBONY BONES, SCHLACHTHOF BRONX, HIDDEN CAMERAS, FUCOUSTIC FEAT. JOE LALLY (FUGAZI), SKERO, DIE YAMUMMTN, DORIAN CONCEPT, OGRIS DEBRIS, JA, PANIK, QEMISTS, KARANDILA GYPSY BRASS ORCHESTRA, YOU SAY PARTY! WE SAY DIE!, THE STRANGE BOYS, THE STAGGERS, KU BO, WALLIS BIRD, PANTHA DU PRINCE U.V.A.

Vorverkauf, Infos: www.poolbar.at

Festival 2010
Volkstheater
A1
VW
derStandard.at
EKE
gotv
DER STANDARD
BIONADE
tnegap
EMA

DANKE AN FELDKIRCH, VORARLBERG UND BMUK.

POPULÄRES WOHNEN



Illustration: Petja Dimitrova

Der verdiente Parteifunktionär

Wie man eine Schlacht gewinnt, aber den Krieg verliert.
Geschichten aus dem Gemeindebau.

EINE KOLUMNE VON CHRISTIAN TORDY

ZUR PERSON

Christian Tordy

Christian Tordy ist Geschäftsführer der Sozialmaß-OG, der Unternehmensberatung für soziale Verantwortung. Er war als Ko-Geschäftsführer der „TGT-Agentur für soziale Arbeit-OG“ im Auftrag der Stadt Wien drei Jahre lang für die Gebietsbetreuung für Wiener Gemeindebauten verantwortlich. Die TGT-Agentur wurde 2010 von den Wohnpartnern abgelöst, die jetzt unter dem Dach der Wohnservice Wien betrieben werden.

Ein Gemeindebau der späten 1950er Jahre. ExpertInnen erhalten Kunde von randalierenden Jugendlichen, die in dieser Wohnhausanlage ihr Unwesen treiben.

Die Jugendlichen sind schnell gefunden: 15 bis 20 Burschen in der Adoleszenz. Sie wohnen in der Anlage, fühlen sich mit ihr sehr verbunden, aber es sei ihnen halt fad. Wenn sie einen der vielen leerstehenden Sozialräume nutzen könnten, würden sie garantiert keine Dummheiten anstellen. Großes Indianerehrenwort.

Also wird der gewählte Vertreter der MieterInnen-gemeinschaft mit dem Anliegen konfrontiert. Ja, ja, sagt der darüber hinaus verdiente Parteifunktionär, er habe nichts dagegen. Als ehemaliger Lehrer wisse er aber, dass unbeaufsichtigte Jugendli-

che immer nur Blödsinn im Kopf hätten. Es bieten sich engagierte Mieterinnen an, diese Aufsicht zu übernehmen. Das freut den verdienten Parteifunktionär sehr. Leider müsse er anmerken: Die Damen würden nicht über die wichtige pädagogische Ausbildung verfügen, um diese Aufgabe angemessen zu erfüllen. Das nächstgelegene Jugendzentrum wehrt die Anfrage indes ab. Kein Geld. Leider. Jetzt soll der Bezirksvorsteher einspringen. Der Angesprochene kann sich die Finanzierung „für ein paar Stunden in der Woche“ vorstellen. Alle freut's.

Plötzlich trüben Zweifel das Antlitz des verdienten Funktionärs. Würde die schweigende Mehrheit der MieterInnen wirklich diese Veränderung akzeptieren? Also, das könne er nicht entscheiden. Leider. Dafür brauche es eine Umfrage. Eine seriöse.

Ein Termin wird koordiniert, an dem Bezirksvorsteher, hohe VertreterInnen der Hausverwaltung und Abgesandte des Wohnbaustadtrats teilnehmen. Der verdiente Funktionär führt das Wort. Von Angst ist plötzlich die Rede, die umgehen soll in der Gemeinschaft der alten, braven WählerInnen. Vom Wunsch nach Sicherheit und Sicherheitstüren ist nunmehr die Rede und von einer Studie, die diese Wünsche seriös belegen soll. Und falls man daneben auch noch nach dem Wunsch der Jugendlichen fragt, dann hat der Funktionär nichts dagegen. Die Studie, die Türen und den ganzen Rest solle aber bitte die Verwaltung zahlen. So soll es sein, sagt die Politik und haut dazu bekräftigend auf den Tisch. Zwei Jahre sind bis zu diesem Punkt vergangen. Am Ende gibt es ein Ergebnis, dass freilich nur einen Sieger kennt. Den schlaunen Taktiker. Zurückgeblieben sind ein paar düpierte Mieterinnen und frustrierte Jugendliche, die ganz sicher anders wählen werden als die Partei des verdienten Funktionärs.



KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST
zugunsten von **SOS MITMENSCH**

DO 10. Juni 2010
19.00 (Einlass 18:30)

Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse
Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

kunst.sosmitmensch.at



Zwischen Taktik und Provokation

Der Journalist Simon Inou brachte MigrantInnen in die Mainstream-Medien. Wie, das bleibt sein Geheimnis.

TEXT: NIKO KATSIVELARIS

Simon Inou empfängt Gäste in seinem kleinen Büro am Franz-Josefs-Kai im ersten Bezirk. Eine exklusive Adresse, die Suche danach hat aber Monate gedauert: „Mann – Wien!“, stöhnt er über den Rassismus in der Hauptstadt. „Vor zehn Jahren sind wir auf die Straße gegangen und haben demonstriert. Und heute?“ Widerstände ist Simon Inou gewohnt, sie treiben ihn an: 1998 gründete er mit Freunden *Radio Afrika*, 2000 folgte die *Tribüne Afrikas* als Beilage der Wiener Zeitung. 2003 wurde er Chefredakteur von *www.afrikanet.info*, der ersten Internet-Plattform für die afrikanische Diaspora im deutschsprachigen Raum.

In den folgenden Jahren sollten medienwirksame Irritationen Inous Spezialität werden. Gemeinsam mit Béatrice Achaleke von AFRA (Center for Black Women's Perspectives) startete er 2007 die Plakat-Kampagne *Black Austria*. Ziel der breit angelegten Aktion war der Abbau von Vorurteilen gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe. „Es war wichtig für uns, aktionistisch zu beginnen“, erinnert sich Inou. „Denn Österreich sei ein Land, wo man Angst vor Konflikten habe. Inou hingegen sucht die Konfrontation, eckt gerne an: „Aus Neugierde, aus Protest, ich komme aus der antirassistischen Szene.“ Leicht macht er es sich dabei nie: „Die Leute haben mich beschimpft“, erinnert er sich, „un glaublich, was ich da erfahren habe!“

Black Austria sollte nur der Anfang einer Reihe von Provokationen sein. Aktionen gegen das Mohrenkopf-Logo von Julius Meinl, die „Mohr im Hemd“-Werbung von Eskimo oder die „Negerküsse“ der Supermarkt-



Simon Inou: umtriebiger Medienmacher in Österreich

kette Zielpunkt folgten. Ein Dorn im Auge ist ihm auch das vom ORF verbreitete Afrika-Bild, das hauptsächlich aus „scheißenden Elefanten“ in Tier-Dokumentationen bestünde.

Rein in den Mainstream

Mit der Gründung von M-Media 2005 gelang Inou ein wesentlicher, struktureller Schritt. MigrantInnen sollten selbst die AutorInnenschaft in großen Medien übernehmen. Inou: „Es gibt dort zwei Bilder von MigrantInnen: das Bild des Kriminellen und das des Opfers.“ Gegen diese Klischees

pocht Inou auf die Forderung nach Selbstorganisation, Selbstvertretung und Selbstdarstellung: „Ich spreche Deutsch, mit meinen Fehlern, aber lassen Sie mich mich selbst vertreten!“ Tatsächlich gebe es noch viel zu tun. In Österreich fehle es schlicht an geeigneten antirassistischen Netzwerken, so Inou, die Lage sei „katastrophal“. So gebe es an der einzigen österreichischen Ausbildungsstätte für JournalistInnen, dem 1978 gegründeten Kuratorium für Journalistenausbildung (Kfj) in Salzburg, kein einziges Seminar zum Thema Rassismus. Und zum MigrantInnenanteil beim ORF meint Simon Inou: „Es gibt sehr viele davon, nur bleiben sie unsichtbar. Es sind die Putzfrauen.“

Der heute 40-jährige Journalist war vor 15 Jahren nach einem Vortrag in Graz nicht mehr nach Kamerun zurückgekehrt. Als er erfuhr, dass Leben in Gefahr war, suchte er um Asyl an. Heute wird M-Media von der Stadt Wien gefördert. Längst kann der Inou die anfallende Arbeit nicht mehr allein bewältigen. Zahlreiche ProjektmitarbeiterInnen gehören zu seinem Stab. Die Erfolge lassen sich sehen: Jeden Mittwoch erscheint in der „Presse“ eine so genannte Integrationsseite, gestaltet vom M-Media-Redaktionsbüro. Zudem findet jährlich die Medien.Messe Migration in Wien statt, diesen September zum dritten Mal. Das jüngste Projekt von M-Media besteht in der Vernetzung führender österreichischer Medien zum Thema „Diversität und Migration“. Außerdem verleiht M-Media jährlich den mit 5.000 Euro dotierten *Österreichischen Preis für Interkulturelle Pressefotografie* namens *Lichtfarben*.

MO #19



GAST-KOMMENTAR:
Franz Fischler fordert
gerechtes Steuersystem



RADIKALER UMBAU:
So könnte Österreich
2020 aussehen

ENDE DES PROFITS:
ATTAC: Christian Felber
sucht einen „Dritten Weg“

IMAGE POLIEREN:
Wem nützt CSR?



**MIT SOZIALEN ÖKONOMIEN
DIE WELT VERBESSERN**

NEUE WEGE!

Magazin für Menschenrechte #19 (2018), Illustration: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at

■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

WAS WURDE EIGENTLICH AUS ...

... der Krise?

Über ein Jahr nach der Kundgebung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März 2009 startet die Plattform „Wege aus der Krise“ die Kampagne „Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren“. Die Initiative verweist auf Berechnungen renommierter Wirtschaftsinstitute, wonach im oberen Einkommens- und Vermögens-Segment ohne weiteres 13,4 Milliarden Euro lukriert und

damit 240.000 Arbeitsplätze finanziert werden könnten. Organisationen und Einzelpersonen sind aufgerufen, die Initiative zu unterstützen.

www.wege-aus-der-krise.at



Breite Allianz: Gewerkschaften, Umwelt- und Sozial-NGOs, Katholische ArbeitnehmerInnen, SOS Mitmensch

WAS WURDE EIGENTLICH AUS ...

... der WIK?

Nicht zuletzt einer Vermittlungsinitiative von SOS Mitmensch und einiger weiterer NGOs ist es zu verdanken, dass nun wieder Bewegung in die Frage der politischen Repräsentation von MigrantInnen in Wien gekommen ist. Am 19. Juni richtet das Magistrat der Stadt Wien eine Konferenz zum Thema Diversity im Rathaus aus, bei der ein Beteiligungsmodell für MigrantInnen in der Bundeshauptstadt erarbeitet werden soll. Ende 2008 hat die Stadt Wien bekanntlich auf Initiative von Grünen, SPÖ und ÖVP die Finanzierung für die Wiener Integrationskonferenz (WIK) eingestellt und da-

mit der einzigen strukturellen Vernetzung von MigrantInnen die Ressourcen entzogen. Das Vorgehen wurde von den drei Parteien einmütig mit „Streitereien im WIK“ begründet. Das stieß wiederum auf heftige Kritik von SOS Mitmensch. Bei einer Pressekonzferenz kritisierten wir, dass das Austragen von Konflikten zu den Kernaufgaben eines Vertretungskörpers gehöre und monierten, dass „mit dieser Begründung auch der Landtag aufgelöst werden müsste.“ Nach zahlreichen Sondierungsgesprächen mit verschiedenen MigrantInnen-Gruppen wurde klar, dass ohne die Ressourcen

der Politik kein alternatives Modell zum WIK eingerichtet werden kann, weshalb die NGO-Gruppe den Ball erneut an die Politik spielte. Nach einigen konstruktiven Gesprächen wurde die MA 17 von den drei Parteien beauftragt, eine Konferenz auszurichten, bei der unter breiter Beteiligung ein Vertretungsmodell für Wien erarbeitet wird. Der NGO-Gruppe, die sich selbst einen BeobachterInnen- und VermittlerInnenstatus zuschreibt, gehörten auch die Asylkoordination, das Integrationshaus, das interkulturelle Zentrum, der VIDC und ZARA an.

Willenskundgebung Machen wir uns stark am Heldenplatz

Für den 18. September gibt SOS Mitmensch mit dem Integrationshaus und M-Media den Anstoß zu einer Willenskundgebung am Heldenplatz. Finanziert wird das Event über Spenden. 3333 Personen sollen mit je 15 Euro die Kosten aufbringen. Im Schneeballsystem soll von unten mobilisiert werden. www.machen-wir-uns-stark.at

Zukunftsszenarien zum nachsehen in Internet

„13 anstoesse oesterreich – verschieden und gleich“ präsentierte am 26. März das Netzwerk Rechte-Chancen-Vielfalt im Albert-Schweitzer-Haus. Wer die Auftaktveranstaltung versäumt hat, kann die Zukunftsszenarien in einer Broschüre nachlesen und die Präsentation als Stream im Internet nachsehen. <http://nwrcv.pbworks.com>

Rassismus streichen als best practice auf Konferenz

Auf Einladung der Bundeszentrale für politische Bildung konnte SOS Mitmensch rassismusstreichen.at als Best-Practice-Projekt auf einer Konferenz in Köln über Rechtsextreme und das Internet vorstellen. Zahlreiche deutsche KommunevertreterInnen zeigten sich interessiert daran, die Idee aufzugreifen.



„Rassismus streichen“ stößt auf Interesse.

ANDERE ÜBER ...

Steuern müssen gerechter werden

Österreich braucht eine weit reichende Ökologisierung des Steuersystems und eine Besteuerung von Vermögenszuwächsen, meint Franz Fischler.

Das österreichische Steuersystem ist derzeit besonders beschäftigungs- und klimafeindlich und muss dringend gerechter werden. Während der Faktor Arbeit mit rund 42 Prozent besteuert wird und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, sind die Umweltsteuern, also Steuern auf Energie und Ressourcen, unterdurchschnittlich niedrig. Damit sendet das Steuersystem völlig falsche Signale an die Gesellschaft, die KonsumentInnen und die Wirtschaft, was wir uns angesichts kommender Herausforderungen nicht mehr leisten können. Zum einen, weil auf die Finanz- und Wirtschaftskrise eine soziale Krise mit steigender Arbeitslosigkeit und Armut folgt. Zum anderen müssen die Industriestaaten bis zum Jahr 2050 ihre Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent reduzieren, um die Erderwärmung auf plus zwei Grad zu begrenzen. Das macht ein breites Umdenken in allen Bereichen, auch bei den Steuern, notwendig.

Insgesamt werden die ÖsterreicherInnen mit einer Abgabenquote von insgesamt 44 Prozent bereits jetzt mehr als die meisten anderen EuropäerInnen zur Kasse gebeten. Eine weitere Belastung der einzelnen SteuerzahlerInnen kann deshalb kein primäres Ziel sein. Andererseits klafft im Staat nach der Krise mit einer Staatsverschuldung von über 70 Prozent des BIP ein großes Loch. Unsere Reformrichtung müsste daher klar sein: Ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit sowie soziale Gerechtigkeit müssen die vorrangigen Ziele der künftigen Steuerreform sein.

Der aktuell diskutierte Vorschlag einer Ökologisierung des Steuersystems geht in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Wir brauchen eine umfassende Reform, die das Steuersystem als Ganzes auf neue ökosoziale Beine stellt. So könnte unser Steuersystem auch für Menschen und Umwelt gerechter werden. Grundidee jeder ökologischen Steuerreform ist eine möglichst aufkommensneutrale und sozialverträgliche Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zu ökologisch und volkswirtschaftlich schädlichen Aktivitäten. D. h. konkret auf der einen Seite eine stufenweise Anhebung der Steuern auf Treibstoffe, den CO₂-Ausstoß sowie auf Tabak- und Alkoholkonsum und anderer-



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Franz Fischler

Franz Fischler, 1946 in Absam, Tirol, geboren, studierte Landwirtschaft an der BOKU Wien. Er war Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Nationalratsabgeordneter der ÖVP und von 1995 – 2004 EU-Kommissar für Landwirtschaft. Seit 2005 ist Franz Fischler Präsident des Ökosozialen Forums – ein Think Tank, der für die Umsetzung der Ökosozialen Marktwirtschaft und eine nachhaltige Gesellschaft einsetzt.

seits eine Entlastung bei den Arbeitskosten sowie eine Abfederung sozialer Härten.

Einige Länder haben uns bereits vorgezeigt, dass ein solcher Umbau des Steuersystems erfolgreich für Mensch und Umwelt sein kann. Im Rahmen eines EU-Forschungsprojekts über die Auswirkungen ökologischer Steuerstrukturreformen in fünf europäischen Ländern, darunter Deutschland, Schweden und Dänemark, konnte die positive Entwicklung beim Wirtschaftswachstum und bei den Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Reduktion der Treibhausgas-Emissionen belegt werden. Deutschland hat von 1999 bis 2003 die Steuern auf Energie deutlich erhöht und gleichzeitig die Rentenbeiträge verringert, den Faktor Arbeit also günstiger gemacht. Dadurch konnten rund 250.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wichtig ist es auch, niedrige und mittlere Einkommen stärker zu entlasten, z. B. durch eine Ökologisierung der Pendlerpauschale. Nur so kann eine sozial gerechte Besteuerung erzielt werden.

Beim aktuellen Schuldenstand Österreichs wird jedoch eine solche Reform nicht ausreichen. Es muss genauso auf der Ausgabenseite zu Korrekturen kommen. Um die Einnahmen für den Staat zu erhöhen, sind die Besteuerung von Vermögenszuwächsen sowie von schädlichen Verhaltensweisen wie Tabak- und Alkoholkonsum denkbar. Dieses Bündel an Maßnahmen hätte das Potenzial, das österreichische Steuersystem fit für die Zukunft zu machen.

Ö1 DER FESTSPIELSENDER
OE1.ORF.AT DAS FESTSPIELNETZ

Die Presse

NOVOMATIC
bringt Kultur ins Spiel

ORF



RADIO
ÖSTERREICH 1

Vielfalt.



Liberal-konservativ-alternativ-kensorientiert-provokant-kritisch-konstruktiv. So und noch viel mehr ist die Berichterstattung des STANDARD.



3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen